

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **Mk. 1,50.**

### Inhalt:

	Seite		Seite
Rückblick auf das Jahr 1904 . . . . .	1	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen in Deutschland. — Die wirtschaftlichen Klassenkämpfe in der Schweiz im Jahre 1904. — Aus Belgien . . . . .	13
Wirtschaftliche Rundschau . . . . .	4	Gewerbegerichtliches. Wahlen in Stettow-Pommern und Stendal. — Wahlen zu den Kaufmannsgerichten . . . . .	15
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Ein Jahr der Arbeit und des Kampfes in Oesterreich. — Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung . . . . .	6	Polizei, Justiz. Neue Schadenersatzklage	15
Kongresse. Parteitag der Sozialdemokratie — American Federation of Labor . . . . .	9	Kartelle, Sekretariate. Arbeitersekretäre für Essen und Fürth gesucht. — Neue Arbeitersekretariate	15
		Anderer Organisationen. Aus den anarchistisch-lokalistischen Gewerkschaften	16
		Mitteilungen. Leitung der Generalkommission. — Vergriffene Correspondenzblätter. — Zur Beachtung . . . . .	16

### Rückblick auf das Jahr 1904.

Das Jahr 1904 hat im allgemeinen die wirtschaftlichen und organisatorischen Erwartungen erfüllt, mit denen wir seinen Eintritt begrüßten. Wir rechneten auf ein Jahr mäßigen wirtschaftlichen Aufschwunges, das eben noch die Nachwirkungen der schweren Krisis von 1901 und 1902 zu überwinden hatte und von der Fortdauer der Krisis im Auslande stark beeinflusst war. So hat es sich denn auch bestätigt; es war kein Jahr glänzender Prosperität, nicht einmal ein solches der Besserung auf allen Wirtschaftsgebieten, aber es zeigte doch einen merklichen, wenn auch langsamen Fortschritt und bekräftigte das Vertrauen auf eine weitere Besserung der nächsten Zukunft, zugleich aber auch das Vertrauen auf die Schlagfertigkeit und Selbsthilfe der Gewerkschaften, das sich in zahlreichen Lohnbewegungen, namentlich in den Bau-, Metall- und Nahrungsmittelgewerben widerspiegelt. Die Steigerung wäre eine raschere gewesen, wenn nicht bedeutende Industrien durch den russisch-japanischen Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden und unter der anhaltenden Trockenheit die Transportgewerbe, die Landwirtschaft und ihre Abnehmer stark zu leiden hatten. Aber trotz dieser erheblichen ungünstigen Einflüsse trat die allgemeine wirtschaftliche Besserung merkbar zutage. Die Arbeitslosigkeitsstatistik des „Reichs-Arbeitsblattes“ bestätigt dies; sie zählte am Beginn des 1. Quartals 2,2 Proz. Arbeitslose (von 46 Verbänden mit 429 318 Mitgliedern), am Beginn des 2. Quartals 1,9 Proz. (von 48 Verbänden mit 446 712 Mitgliedern), am Beginn des 3. Quartals 1,9 Proz. (von 48 Verbänden mit 547 525 Mitgliedern) und am Beginn des 4. Quartals 1,8 Proz. Arbeitslose (von 48 Verbänden mit 589 928 Mitgliedern).

Die beste Witterung für den wirtschaftlichen Aufschwung hat von jeher das Unternehmertum gehabt, und was es von der Entwicklung der nächsten Jahre erwartet, lassen die fortschreitenden

Konzentrationen auf den Gebieten des Bankwesens, der Montan-, Eisen- und Stahlindustrie sowie des Transportwesens erkennen. Es sind Vorbereitungen für einen erfolgreichen Wettkampf während der nächsten Jahre, Rüstungen zu beutereichen Raubzügen. Und Hand in Hand mit dieser wirtschaftlichen Konzentration der Großbetriebe geht eine Konzentration der arbeitereindlichen Kräfte der Unternehmerklasse, die in der Gründung der Centralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände einer- und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände andererseits zum Abschluß kam. Beide Gruppen tragen trotz mancher innerlicher Gegensätze das gleiche aggressiv arbeitereindliche Gepräge und werden naturgemäß in allen Arbeiterfragen zusammengehen. Insbesondere hat der der Centralstelle deutscher Arbeitgeberverbände abgeneigte Verein deutscher Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen des verflossenen Jahres zwei untrügliche Beweise seiner gewerkschaftsfeindlichen Tendenz gegeben, indem er die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ als sein Organ anerkannte und die Propagierung einer Streikversicherungskasse beschloß. Wenn auch die Ausführung dieses Gedankens noch in weitem Felde steht, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das Unternehmertum durch seine Organisation im abgelaufenen Jahre erheblich an Schlagfertigkeit und Widerstandsfähigkeit gewonnen hat.

Aber auch die Arbeiterklasse ist nicht müßig gewesen und besonders die Gewerkschaften blicken auf ein ebenso schaffensfrohes als kampfreiches Jahr zurück. Schon das vorhergehende Jahr brachte ihnen einen Zuwachs von nahezu 190 000 Mitgliedern, einen Erfolg, wie ihn kein einziges der früheren Jahre aufweisen konnte. Am Beginn des Jahres 1904 fehlten nur 58 471 Mitglieder an der ersten Million, so daß inmitten des 2. Quartals dieses Ziel als erreicht gelten konnte. Die bisher vorliegenden Abrechnungen der Gewerkschaften bestätigen dies. Bereits 36 Gewerk-

burg 144, 688; München 632; Nürnberg 302; Stettin 831; Wiesbaden 224; Wilhelmshaven 302. Arbeitersekretäre gewählt in Barmen 224; Bielefeld 192; Bremen 814; Breslau 800; Centralarbeitersekretariat Berlin 470; Chemnitz 63; Dortmund 767; Forst 192; Fürth 78, 192; Gelsenkirchen 598; Hannover 767; Köln 240; Krefeld 632; Meissen 814; München 736; Nürnberg 391; Wiesbaden 376. Arbeitersekretär in Nürnberg, Weiblicher 287. Arbeitersekretariate im Jahre 1904, Die deutschen 345, 391. Arbeitersekretariate, Neue — in Bielefeld 192; Dessau 470; Dresden 270; Forst 192; Fürth 192; Karlsruhe 470; Koburg 240; Kohnscheid 16; Krefeld 632; Magdeburg 16; Necklinghausen 15; Wiesbaden 688; Wunziedel 376; Zwickau 160. Arbeitslosenählungen 109. Auskunftsstelle in Zeitz 632. Bühnenaufführungen in Dortmund 632. Fürsorge für lungenkranke Arbeiter in Leipzig 597. Gewerkschaftshäuser in Erfurt 63; Hamburg 800. Gewerkschaftskartelle im Jahre 1904, Die deutschen 393, 519. Gewerkschaftskartelle, Konferenzen in Rheinland-Westfalen, 736, 799\*; Sachsen-Anhalt 108; Schwaben 424. Gewerkschaftskartelle: Gewerbegerichtskandidaturen in Wiesbaden 752; Konflikt in Berlin 814; Taktik der Gewerkschaften (Dresden) 814; Unterrichtskurse in Bochum 831, Dresden 751, Hamburg 752, Karlsruhe 767, Mannheim 751; Verschmelzung in Hamburg-Altona 598; Vorwärtskonflikt in Kiel 783; Weihnachtsbescherung in Köln 831; Zahl der deutschen Kartelle 109, 597.

**Genossenschaftliches.**

Cigarettenarbeiter-Prod.-Genossenschaft in Dresden 632. Eisenbahner und Arbeiterkonsumvereine in Preußen 598. Genossenschaftstag, Der zweite deutsche 253\*. Genossenschaftstag in Stuttgart, Vom Deutschen 441, 457. Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften in der Schweiz 502\*. Jahrbuch d. Zentralverbandes d. Konsumvereine 845\*. Produktivgenossenschaftsbewegung, Die britische 303\*. Schneider-Produktivgenossenschaft in Jena 32.

**Anderer Organisationen.**

Antijemit. Lotterienplan 847. Christliche Gewerkschaften: Arbeiterführer (Behrens) 270; Arbeiterverrat 832; christliche Briefschreiber 800; christlich-nationale Begriffsverwirrung 800; christlich-organisierter Streikbruch 598\*, 716; Delegiertentag in Schlesien 599; Geständnis 847; Gewerkschaftskartelle 632; Gewerkschaftsschriften unter sich 565; Heimarbeiterinnen-G. V. 270; Internationale Textilarbeiterkonferenz 599; Klassenbewußter Sekretär 816; Streikbrecher-Tarifverträge 767; Verleumder am Pranger 719\*.

Deutsche (S. = D.) Gewerbevereine: Dr. Börsch im Gewerbevereinslager 856; „Correspondenzblatt“ 832; Dr. M. Börsch † 439; Maschinenbauer 471\*; Preßverhältnisse 832; Schuh- u. Lederarbeiter 470; Stärke u. Leistungen im Jahre 1904: 455\*; Urteile über Börsch-Dunderliche Führer 816. Evangel. Arbeitervereine, Von den 752. Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften: Anarchist. Gewerkschaften in Deutschland 583\*; Berliner Kartell 424; Ristenmacher 16; Kürschner 16; Maurer 16.

Hoteldiener, Zweiter Verbandstag deutscher 287\*. Kartell neutraler Arbeiterberufsvereine in Jena 814\*. Polnische Gewerkschaftsbestrebungen i. Ruhrrevier 616. Sonderorganisation für Frauen 704\*. Zeichner, Verbandstag deutscher 287\*.

### Mitteilungen.

Abrechnung des deutschen Werkverbands 847. Abrechnung über Streik und Aussperrung der Textilarbeiter in Grimmitzschau 96. Adressenverzeichnisse betr. 48, 519, 536. Adressenverzeichnisse der Agitationskommissionen 80\*, 552\*; Arbeitersekretariate 80\*, 240, 552\*, 688; Generalkommission 79\*, 551\*; Gewerkschaftskartelle 109\*, 536, 565\*; Landescentralen 79\*, 551\*; Vorsitzenden der Centralvereine 79\*, 551\*, 688. Ausstellung für Bureaubedarf der Gewerkschaften 144. Aufforderung an Kartelle, betreffend Bestellkarten 720, 816; betreffend Graphische Darstellungen 816; betreffend Erhebungen über Kost- und Logiswesen 536; betreffend Statistik der Fleischer 127, der Friseur 240, der Gewerkschaftskartelle, und Arbeitersekretariate 48, 144. Correspondenzblatt, Expedition betreffend 16, 320, 392, 648; vergriffene Nummern 16, 704. Gewerkschaftskongress, Fünfter deutscher 97, 209, 241, 289; Protokoll des Kongresses 472, 600. Generalkommission, Redakteur und Expedient gesucht 504; Sekretariatsbeamter gesucht 192; Quittungen der Generalkommission über Quartalsbeiträge 16, 78, 144, 224, 288, 392, 472, 520, 599, 671, 736, 816; über Sammlungen für Bergarbeiter (Ruhr) 78, 144, 224; für Lederarbeiter (Berlin) 736, 816; für Metallarbeiter (Schweden) 520, 600; für Tabakarbeiter (Dresden) 439, 456, 488, 520, 600, 671, 736, 816; für Textilarbeiter (Sachsen-Thüringen) 816; für Werftarbeiter 488, 520, 600. Kartellbibliothek Freiburg (Sgl.) betr. 520. Sammlung für Bergarbeiter im Ruhrrevier 33, 129; für Tabakarbeiter in Dresden 376, 456. Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: Abrechnungen 64, 256, 536, 752; Anmeldungen 32, 48, 78, 96, 127, 176, 192, 208, 240, 256, 271, 344, 360, 376, 424, 440, 503, 520, 550, 584, 616, 688, 720, 752, 767, 784, 832, 848; Hauptversammlung: Anträge 174\*, 192, 255, 304, Beschlüsse 440; Urabstimmung 556, 584, 600, 736\*; Jahresbericht 63\*. Verkehr deutscher Genossen in Paris 520. Zeitungsausstellung, Internationale 127.

**Literarisches.**

Antliche Publikationen 128, 272, 360, 672, 768, 848. Berichte von Handels- u. Gewerbeämtern 272. Genossenschaftliche Publikationen 128, 320, 504, 768. Partei-Publikationen 128, 272, 504, 768, 848. Publikationen der Gewerkschaften 127, 271, 320, 360, 376, 424, 503, 600, 672, 768, 848. Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate 128, 271, 320, 360, 504, 672, 768. Publikationen der Krankenkassen 360, 520, 768. Publikationen sonstiger Organisationen 128, 272, 672, 768. Sonstige Literatur 360, 504, 768, 848. Sozialpolitische Literatur 128, 240, 272, 344, 360, 504, 672, 768, 848. Zeitschriftenschau 320, 848.

schaften hatten am Ende des 2. Quartals eine Zunahme von nahezu 50 000 Mitgliedern aufzuweisen; unter den 27 Organisationen, deren Abrechnungen ausstehen, befinden sich aber gerade die größten (Metallarbeiter, Maurer, Bergarbeiter, Buchdrucker, Tabakarbeiter, Hafnarbeiter usw.), deren Mitgliederbewegung nicht minder erfreulich war. Man kann die Gesamtzunahme bis zur Jahresmitte auf zirka 110 000 Mitglieder schätzen. Da die hauptsächlichste Entwicklung der Gewerkschaften in der Regel in die zweite Jahreshälfte fällt, so dürfte der Jahresaufschwung der Gewerkschaften den des Jahres 1903 voraussichtlich noch übersteigen. Ein zwar nicht allein maßgebendes, aber doch bedeutungsvolles Beispiel bietet die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes, dessen Organ am Jahresbeginn eine Auflage von 165 100, am 1. Juli eine solche von 176 900, am 31. Dezember dagegen bereits eine solche von 207 500 Exemplaren aufwies; die Steigerung betrug im ersten Halbjahr nur 11 800, im zweiten jedoch 30 600 und im ganzen Jahre 42 400. Eine solche Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf die Zunahme der gesamten Gewerkschaften, zumal auch die Verbände der Maurer, Holzarbeiter und Bergarbeiter starke Mehrheiten aufweisen. Das Organisationsjahr 1904 wird also seinem Vorgänger volle Ehre machen. Leider ist dieser Aufschwung kein allgemeiner und besonders fehlt ein Beruf demselben fern, dem am ehesten eine Stärkung der Organisation zu wünschen war. Der Textilarbeiterverband weist in den ersten beiden Quartalen starke Rückgänge von 1500 und 5000 Mitgliedern auf. Die gegenereische Presse war schnell bei der Hand, diese Verluste auf die durch den jüngsten Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung zurückzuführen. Da die letztere jedoch erst im dritten Quartal in Geltung trat, von dem noch keine Abrechnung vorliegt, so entbehrt diese Deutung jeder Begründung oder ist zum mindesten sehr voreilig. Der Verlust ist einzig und allein als Rückwirkung des ungünstigen Ausgangs des Crimmitschauer Streiks aufzufassen, nach welchem die Textilindustrie einen verstärkten Druck auf die Arbeiterschaft ausübte, dem die noch wenig gefestigte Organisation der Textilarbeiter nicht gewachsen war. Durch Anstellung zahlreicher Gauleiter und durch eine rührige Agitation hat indes der Vorstand sein möglichstes getan, um den Verlust auszugleichen und üblen Wirkungen der notwendigen gewordenen Beitragserhöhung vorzubeugen, so daß der Rückgang im dritten Quartal zum Stillstand gelangte und gegen Ende des Jahres sich in eine Aufwärtsbewegung verwandelte. Im bevorstehenden Jahre wird hoffentlich der Verlust wieder voll ausgeglichen sein.

So erfreulich der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung ist, so wenig kann die Zerspaltung der Gewerkschaften befriedigen, die in striktem Gegensatz zur wachsenden Konzentration der Unternehmerorganisation steht. Die Schäden dieser Zerspaltung machen sich umso mehr bemerkbar, je dringender die den Arbeitern aufgedrungenen Massenkämpfe die Mahnung der Einigung predigen. Wenn sich bisher das Verhältnis mit den christlichen und kirchlichen Gewerksvereinen nicht besser gestaltet hat, so erklärt sich dies ohne weiteres aus der konfessionellen und politischen Verhegung der Mitglieder derselben durch ihre bürgerlichen und pfäffischen Drahtzieher, die selbst vor der Propaganda des Streikbruchs nicht zurückschrecken, um die Arbeiter gegeneinander zu

erbittern. Wenn aber sozialistisch gesinnte Arbeiter die Sonderbündelei pflegen und die durch den Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen verächtlich als „Einigungsrummelei“\*) markieren, die hoffentlich endgültig überwunden sei, — so zeugt dies von einem völligen Unvermögen, die ernste Situation zu verstehen, das nur durch einen grenzenlosen Haß gegen die Gewerkschaftsverbände übertroffen wird. Die Arbeiterführer, die sich lieber den Anarchisten an den Hals werfen, als ihre Verbandsorganisation anzuerkennen, haben jede Gemeinschaft mit der Arbeiterbewegung verwirkt und werden künftig gleich allen übrigen Arbeiterfeinden behandelt werden.

Auch an innerer Organisationsarbeit war das Jahr reich. Nicht weniger als 30 Verbände hielten ihre Generalversammlungen in diesem Zeitraum ab, und viele derselben bezeichnen wichtige organisatorische Entwicklungsphasen der einzelnen Verbände, sei es auf dem Gebiete des Ausbaues der inneren Verwaltung oder des Unterstützungswesens oder auf dem der Lohnkämpfe und der tariflichen Gestaltung des Verhältnisses mit den Arbeitgebern. Die Zahl der für die Gewerkschaften tätigen Verwaltungskräfte ist bedeutend vermehrt worden. Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens machte sich vor allem ein Drang nach Einführung der Krankenunterstützung bemerkbar, ein bezeichnendes Symptom für die Unzulänglichkeit der staatlichen Krankenversicherung. Neun Gewerkschaften führten im letzten Jahre diesen Unterstützungszweig ein, davon 1 (Buchbinder) für die weiblichen Mitglieder und 2 (Portefeuille- und Fabrikarbeiter) als Erwerbslosenunterstützung in Verbindung mit Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung beschlossen außer den beiden letztgenannten Organisationen noch die Schuhmacher, während die Dachdecker, Textil- und Steinarbeiter ihr im Prinzip zustimmten, ihre Einführung aber von dem Beschluß einer Urabstimmung abhängig machten. Die der Dachdecker fiel zuungunsten aus; ebenso lehnten die Stukkateure ihre Einführung ab, wogegen im Urabstimmungswege noch die Schmiede die Einführung der Krankenunterstützung beschlossen. Die Reiseunterstützung wurde bei den Kürschnern, die Invalidenunterstützung bei den Kupferschmieden, eine Hinterbliebenenunterstützung bei den Buchbindern und die Sterbeunterstützung bei den Brauern und Konditoren eingeführt, während zahlreiche Verbände ihr bereits bestehendes Unterstützungswesen vervollkommneten, namentlich durch den Ausbau der stoffelweisen Unterstützung. Das sind bemerkenswerte Fortschritte, die das Vertrauen zur beruflichen Organisation festigen und Gewähr bieten auch für eine künftige Ausbreitung der Gewerkschaften und für eine erfreuliche Entwicklung ihrer Streitkräfte. Auch auf tariflichem Gebiete sind zweifellos erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Konnte doch die Statistik des „Reichsarbeitsblattes“ von nahezu 900 tariflichen Vereinbarungen berichten, die fast ausnahmslos von Seiten unserer Gewerkschaften mit Arbeitgebern abgeschlossen wurden und die zu mehr als 90 Prozent die Arbeitszeit bis zur 10stündigen Grenze beschränkten. Wenn gleichwohl die tariflichen Erfolge während des verflossenen Jahres nicht so offensichtlich hervortreten, so ist dies der meist lokalen Begrenzung dieser Tarife zuzuschreiben. Tarife, die die beruflichen

\*) Siehe die „Einigkeit“ vom 31. Dezember 1904.

Arbeitsbedingungen über größere Gebiete oder über das ganze Reich regeln, haben noch mit dem hartnäckigen Widerstand der Unternehmerverbände zu rechnen, die nichts gegen die tarifliche Bindung ihrer Ortsgruppen einwenden, ihre Centralisation aber von dem Odium der Tarifverträge und der Anerkennung der Gewerkschaften freihalten wollen. Durch diese Vogelstraußpolitik erreichen sie höchstens, daß ein Tarif in jedem einzelnen Falle erkämpft werden muß, während eine allgemeine Regelung von Organisation zu Organisation manchen Kampf vermeiden könnte. Und die Gewerkschaften werden sich ihre Anerkennung zu erzwingen wissen, — das verbürgt ihnen ihre aufsteigende Entwicklung und ihr ständig wachsender Einfluß.

Das Jahr 1904 war nicht minder als sein Vorgänger ein solches des Kampfes. Sein Aufdämmern beleuchtete den Crimmitschauer Klassenkampf, in welchem wenige Wochen später 7000 Arbeiter der Rache der Fabrikanten erlagen; sein letzter Schein fiel auf die großen Kämpfe und Aussperrungen in der Berliner Metall- und Holzindustrie und auf die drohende Gärung im Ruhrkohlenbergbau, und Kämpfe erfüllten es während seiner ganzen Dauer. Besonders die Baugewerbe und die Nahrungsmittelgewerbe waren hervorragend an diesen Kämpfen beteiligt; auch die Metallindustrie war mehrfach der Schauplatz heftiger Zusammenstöße. Das Bemerkenswerteste an diesen Kämpfen war nicht allein die systematische Aussperrungstaktik der Unternehmer, die immer gleich Tausende von Arbeitern aufs Pflaster warf, sondern auch die Festigkeit, mit der auf beiden Seiten gekämpft wurde. Beides läßt darauf schließen, daß in den nächsten Jahren die Kämpfe an Umfang und Schärfe eher zu als abnehmen werden. Das ist schließlich auch in der Entwicklung der Stärkeverhältnisse beider Parteien und in dem einzugangsfeindlichen Verhalten der Unternehmerverbände begründet. Die Organisation der Arbeitgeberverbände ermutigt die Unternehmer, es bei jeder gewerkschaftlichen Forderung erst auf einen Kampf ankommen zu lassen. Aber auch die Arbeiter vertrauen der Macht ihrer Organisation und ergreifen die entsprechenden Maßnahmen, die die Arbeitgeber sofort mit der Massenaussperrung beantworten. So sind die meisten der letztjährigen Massenkämpfe entstanden, und wenn der Berliner Kühnemannerverband davon abwich, indem er mathematisch einen Teil seiner Arbeiter nach dem anderen auf die Straße setzte, so bezweckt diese Strategie höchstens die Schonung der eigenen Kräfte durch teilweise Aufrechterhaltung des Betriebes, welchem Manöver bekanntlich der Metallarbeiterverband durch Herausnahme der unentbehrlichsten Arbeitskräfte begegnete. Diese Massenaussperrungstaktik hat aber nicht wenig zur Stärkung der Gewerkschaften beigetragen, denn sie hat ihnen Massen von Arbeitern zugeführt, deren Gleichgültigkeit kaum durch jahrelange Agitation überwunden worden wäre. Wenn das Unternehmertum hofft, durch solche Aussperrungen die Gewerkschaften irgendwie ernstlich zu erschüttern, so wird es jedesmal enttäuscht und dieses Ziel nie erreichen. Selbst eine verhältnismäßig wenig gerüstete Organisation, wie die der Textilarbeiter, vermochte mit Hilfe der allgemeinen Arbeitersolidarität den schweren Kampf von Crimmitschau ohne ernsthafte Gefährdung auszuhalten; der Verlust von 7000 Mitglieder wird durch die Erhöhung des Beitrages um die Hälfte reichlich aufgewogen, und nach kaum Jahresfrist steht der Verband fester

und kräftiger als je zuvor da. Besser gerüstete Gewerkschaften gehen aber fast stets aus solchen Kämpfen mit einer Vermehrung ihrer Streiterzahl hervor. Die Gewerkschaften sehen daher auch der diesjährigen Kampfsperiode mit großen Hoffnungen entgegen.

Auf internationalem Gebiete der gewerkschaftlichen Wirksamkeit ist eine allgemeine Revision und Festigung der Verbindungen zu verzeichnen, die sich als das Ergebnis zahlreicher internationaler Berufskonferenzen darstellt. Solche Konferenzen fanden bei den Handschuhmachern, Schneidern, Bergarbeitern, Holz-, Metall-, Transport- und Tabakarbeitern, Handelsangestellten und Lithographen statt. Charakteristisch war bei diesen Verhandlungen, daß die Initiative auf internationalem Gebiete meist von den deutschen Gewerkschaften ausgeht und daß die Leitung der internationalen Verbindungen mehr und mehr an diese überging. Das beruht auf dem Ernst und der nüchternen Erfahrungstaktik, die die deutsche Auffassung des Gewerkschaftswesens auszeichnet und denen die deutschen Organisationen ihre Erfolge verdanken. Auch auf den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen haben die deutschen Delegationen die unbestrittene Führung, — das zeigte insbesondere der letztjährige Amsterdamer Kongreß durch die Annahme der deutschen Taktikresolution. Zur Waiseier-Resolution dieses Kongresses wird der bevorstehende Gewerkschaftskongreß in Köln Stellung nehmen.

Die politische Arbeiterbewegung ist nach den heftigen Auseinandersetzungen von Dresden (1903) in ein Stadium der Ernüchterung und Selbstkritik getreten, und unverkennbar offenbart sich das Bestreben, die den Frieden und die Einigkeit der Partei zerstörenden Krakehler und Splitterrichter in die Schranken zu weisen. Der Bremer Parteitag stand zu seinem Vorgänger in erfreulichem Gegensatz und die inneren Reibungen nach Bremen, so bedauerlich dieselben waren, bewiesen, daß die vom Parteigezänk lebenden Strömungen mehr und mehr isoliert werden. Und das ist gut, denn diese Streitigkeiten, die den Gegnern billiges Angriffsmaterial liefern, würden, je mehr sie sich ausmachen, die Agitationskraft der Sozialdemokratie lähmen, der die Arbeiterklasse ja alles, was bisher an sozialpolitischen Fortschritten erreicht ist, verdankt.

Die Erfolge der sozialpolitischen Gesetzgebung während des verflossenen Jahres sind gering. Sie erschöpfen sich in dem einen Gesetz betr. die Errichtung von Kaufmannsgerichten und in einer Verordnung, die den Konfektionsarbeiterschutz erweitert. Bei dem ersteren Gesetz wurden alle wichtigen Anträge der Arbeitgeber abgelehnt und an den zahlreichen weiblichen Handelsangestellten durch völlige Wahlentrechtung ein schweres Unrecht verübt. Die neue Konfektionsverordnung bleibt trotz der Ausdehnung des Schutzes auf die Werkstätten der Damenkleiderkonfektion, Wäschefabrikation und Fußmacherei auf halbem Wege stehen und der preussische Ministerialerlaß hierzu, der den Konfektionären den früheren Sonnabendschluß völlig opfert, bedeutet obendrein eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen tatsächlichen Zustandes. Eine weitere Verordnung, die die Vorschriften zur Verhütung von Bleivergiftungen auf das Malergewerbe ausdehnen soll, befindet sich noch im Stadium des Entwurfs; nach dem bisher veröffentlichten Wortlaut genügt auch sie nicht entfernt den Ansprüchen der Arbeiter. Im übrigen brachte das Jahr der Arbeiterklasse lediglich Enttäuschungen: unerfüllt blieben alle Hoffnungen auf

eine tiefgreifende gesetzliche Arbeitszeitregelung; vergeblich wartete man auf eine Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung; die Erwartungen hinsichtlich der gesetzlichen Arbeitervertretung sind durch die Erklärungen Kosjadowskys ungemein ernüchtert worden und von einer freiheitlichen Regelung des Koalitionsrechtes ist der gegenwärtige Kurs weiter denn je entfernt. Gegen diese sozialpolitische Lede protestierte die Arbeiterschaft in zwei machtvollen Kundgebungen zugunsten eines wirksamen Schutzes der Heimarbeiter und der Transportarbeiter. Es bezeichnete klar die gegenjähliche Stellung der Regierung, daß diese den Kongressen fernblieb. Die Gesetzgebung steht vielmehr im Zeichen des preußischen Entwurfs zur Kontraktbruchbekämpfung, der den entrechteten Landarbeitern die letzte Möglichkeit, ihrem Elend zu entinnen, rauben will, wie die Verwaltungspraxis versucht, das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter durch Erpressungs-, Aufruhr- und Landfriedensbruch-Paragrafen zu erwürgen. Wenn in dieser Situation die Reichsregierung mit einem Entwurf der gesetzlichen Regelung der Berufsvereine schwanger geht, so dürfen die Gewerkschaften nichts anderes als eine Mißgeburt nach Art der Zuchthausvorlage erwarten, die deren strafrechtliche Mordlust auf die privatrechtlichen Interessen der Gewerkschaften abrichtet. Der Liebe Mühe wird aber ebenso vergeblich sein. Seit den Tagen des Bielefelder Programms haben die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl verdreifacht und ihre Stassenbestände sechsfacht. Will also die Regierung abermals ein Tänzchen wagen, so mag sie nur kommen, ihr wird sicher aufgespielt werden.

So stellt das neue Jahr die deutsche Arbeiterschaft vor neue Kämpfe auf allen Gebieten. Aber in diesen Kämpfen wachsen auch ihre Kräfte, wächst ihre Siegeszuversicht und ihr Vertrauen auf eine erfreuliche Zukunft. Zum fünften Male werden die deutschen Gewerkschaften demnächst ihre Heerschau halten, und die Wahl von Köln als Ort des Gewerkschaftskongresses bedeutet, daß sie sich anschicken, den großindustriellen Westen Deutschlands, das Stammland der bedeutendsten Industrien und den Sammelpfad der größten Arbeitermassen, systematisch zu erobern. Ein ungeheures Agitationsfeld eröffnet sich dort der gründlichen Bearbeitung. Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die sich der letzteren dort entgegenstellen, die Gewerkschaftsbewegung wird sie überwinden. Wie ein junger Riese im Bewußtsein seiner Kraft geht sie ans Werk, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Schon weht ihre Fahne in der dunkelsten Ecke, im Saarrevier, — ein verheißungsvoller Anfang für die weitere Ausbreitung. Die zweite Million der Gewerkschaftskämpfer wird vorzugsweise der Westen liefern, der auch der Schauplatz der größten Kämpfe sein wird. Hier werden die Schlachten der Zukunft gegen die wirtschaftlich-sozialpolitische Reaktion geschlagen, hier wird der Widerstand des Scharfmacherstums gegen Arbeiterchutz und gegen kollektive Arbeitsverträge überwunden und hier wird, vielleicht unter schmerzlichen Wehen, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden, die den Sieg der Gewerkschaftsfrage für alle Zeiten verbürgt.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Das Wirtschaftsjahr 1904. — Langsamkeit der Wiedererholung. — Fortschreitende kapitalistische Verbandsbildung. — Die typische Entwicklung der deutschen Eisenproduktion seit 1890.

Das deutsche Wirtschaftsjahr 1904 findet in den zahlreichen Jahresrückblicken und Sachberichten im allgemeinen eine gleichartige Kennzeichnung: es war zwar nichts von einer stürmischen, alles mit fortweisenden Aufwärtsbewegung zu spüren, jedoch hat sich die merkbare Besserung, die den schweren Störungen der Jahre 1900 und 1901 folgte, weiter erhalten und auf den meisten Gebieten noch gefestigt. Dieser Grundzug ist nur vorübergehend zurückgetreten oder zeitweise sogar in sein Gegenteil umgeschlagen; so begann das Jahr mit einer internationalen Börsenpanik, weil die Vorperiode und die Eröffnung des ostasiatischen Krieges auch für den europäischen Frieden und für Milliarden von Staatskreditwerten kritische Lage anzukündigen schienen. Ferner sind durchaus nicht alle Produktionsgebiete in gleicher Weise an Sonnenschein und Schatten beteiligt. Unter dem Durchschnitt stand in letzter Zeit der Eisenmarkt, standen während des ganzen Jahres noch immer der Schiffsbau, die infolge des trockenen Wetters vollständig stockende Binnen-schifffahrt und im großen und ganzen die Schifffahrt überhaupt, weiter noch ein großer Teil der Landwirtschaft, die mit einem starken Defizit an Futtermitteln und Hackfrüchten zu rechnen hat. Ueber das durchschnittliche Niveau hob sich jedoch vor allem die elektrische Industrie, der fast alle technischen Neuerungen und Umgestaltungen des allgemeinen Produktionsapparates unmittelbar oder mittelbar zustatten kommen. Die Baugewerbe, in erster Linie der großen städtischen Centren, blicken gleichfalls auf eine lebhaftere Tätigkeit zurück; die produktiven Neuanlagen und Erweiterungen, die Wohnungsbauten in den Außenzonen, die Verschönerungs- und Luxusbauten in den Innenvierteln haben sich hier allesamt stark vermehrt — wobei Berlin, die Reichshauptstadt, an der Spitze marschiert. Zusammengefaßt finden wir das Bild wieder in der Entwicklung unserer großen Bankzentrale, der deutschen Reichsbank: die Zinsprudenahme der Bank zeigt die Belebung der Unternehmungslust und des Warenumfanges, während das Anziehen der Diskontschraube Zeugnis davon ablegt, daß die Bankleitung den Himmel durchaus nicht so wolkenlos sieht, wie die Optimisten, die bei jeder Besserung gleich wieder von einer neuen Aera glänzenden Aufschwunges fabeln.

Als zweites Kennzeichen des verflossenen Jahres darf man die fortgesetzte Ausbreitung der kapitalistischen Verbände nennen. Von den ablaufenden alten Verbänden ist nur ein einziger von Bedeutung nicht wieder erneuert worden: der Feinblechverband, der sich soeben auflöst, indes kaum für immer. Sonst hat man die alte Form der freien kapitalistischen Konkurrenz immer mehr ausgeschaltet, sei es für bestimmte einzelne geschäftliche Beziehungen, sei es für den ganzen Umkreis der bisherigen geschäftlichen Betätigung eines selbständigen Unternehmens. Mit Vereinbarungen für gewisse Spezialzwecke fängt es an, mit vollständiger Auffaugung und Verschmelzung hört es auf. Die „Konzentration“ ist auf allen Gebieten Trumpf. So brachte das Jahr 1904 für die Montanindustrie den deutschen Stahlwerksverband, mit dem Sitz in Düsseldorf, aber auch den alle Produkte umschließenden Verband der ober-

schlesischen Eisenwerke, die Erneuerung des Kali-syndikats auf völlig ungebildeter Grundlage, ferner jedoch in bisher ungekanntem Maßstabe die Zusammenhäufung von Bergwerks-, Hütten- und Hochofenbetrieben, zum Teil noch mit den weiter sich anknüpfenden Unternehmungen, bis hinab zu den letzten Einrichtungen des Land- und Wassertransportes. Im Februar erzielte man im Osten die Betriebsgemeinschaft zwischen der Aktiengesellschaft Oberschlesische Eisenindustrie und der Bismarckhütte, im Juni kam im Westen die Vereinigung der Aktienunternehmung Rannengießerei mit der großen Harpener Bergbaugesellschaft in Gang, im August die noch viel ausgebehrtete Verbindung Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft — Schalke — Nachener Hüttenverein Note Erde, im September fusionierten sich die Gewerkschaft Friedlicher Nachbar und die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, im Dezember machte abermals Schlesien den Beschluß durch die Vereinigung der Huldshinsky'schen Hüttenwerke mit der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft. Das wiederholt sich, bald abgeschwächt, bald ähnlich, auf immer neuen Produktions-, Handels- und Verkehrsgebieten, bei den chemischen Fabriken, im Zementgewerbe, bei den Spiritusfabriken — am ausgeprägtesten wiederum im Bankwesen, neben den Elektrizitätsgewerben, deren größte Verbindungen (Union und Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Schuckert und Siemens & Halske) freilich schon im Vorjahre 1903 erfolgten. Der Wochenschauber der „Voss. Ztg.“ findet die Verwirklichung der Vereinigungstendenzen im deutschen Bankwesen nicht mit Unrecht „geradezu phänomenal“ — im Auslande vollzieht sich der Amalgamierungsprozeß unter den Banken viel langsamer. Die erwähnte Quelle verzeichnet in zeitlicher Reihenfolge für 1904 diese Verschmelzungen und Angliederungen im deutschen Bankwesen: „Die Kölnische Wechsel- und Kommissionsbank wird durch die Rheinische Diskontogesellschaft absorbiert, die Rheinische Kreditbank erwirbt die Kredit- und Hypothekbank Zweibrücken und die Oberrheinische Bank, der Barmer Bankverein den Dortmunder Bankverein; die Bergische Märkische Bank übernimmt das Elberfelder Bankhaus Molenaar und den Badersteinschen Bankverein zu Baderborn. Die Deutsche Genossenschaftsbank vorm. Soergel, Parrisius u. Co. geht an die Dresdener Bank über; die Niederrheinische Kreditanstalt und die Westdeutsche Bank werden mit dem A. Schaffhausenschen Bankverein verschmolzen. Die Deutsche Bank beteiligt sich an der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, die Essener Kreditanstalt an dem Westfälischen Bankverein in Münster; die Darmstädter Bank absorbiert die Firma Rob. Warschauer u. Co., sie tritt ferner in nähere Beziehungen zur Vereinsbank in Wismar. Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig erwirbt die Oberlausitzer Bank; die Dürener Bank fusioniert sich mit der Jülicher Volksbank. Die Berliner Bank geht an die Kommerz- und Diskontobank über und endlich — hier sind wir bei den Ereignissen der dritten Dezemberwoche angelangt — die Leipziger Kreditanstalt kündigt an, daß sie die Vereinsbank in Zwickau erwerben wolle, während gleichzeitig die Norddeutsche Bank die Uebernahme des altangesehenen Altonaer Bankhauses W. S. Warburg bekannt gibt.

Andererseits hat gerade das Jahr 1904 auch den Gegenkräften gegen die monopolistische Wirtschaft der stärksten Verbände und gegen Trustbildungen neue Nahrung zugeführt. Die Reichsenquete über die Kartelle rechnen wir allerdings nicht hierher; sie scheint nach einigen gleichgültigen Lebensäußerungen

bereits wieder im Sterben zu liegen. Aber der Kampf der Halbzeugproduzenten und Verbraucher gegen die Rohstoffverbände ist immer erbitterter geworden. Der Widerstand gegen die Schleuderausfuhrpraxis zog immer weitere Kreise. Der Stahlwerksverband, der diese Praxis umzubilden suchte, hat bisher mehr Hoffnungen enttäuscht, wie erfüllt. Das Kohlen-syndikat rief schließlich sogar die preussische Staatsverwaltung auf den Plan, wenn auch nur mit einer so verunglückten Maßnahme wie den Aktienkauf von Hibernia. Aber selbst der Bericht der Essener Handelskammer, die dem Kohlen-syndikat nahesteht, spricht jetzt offen von dem „Konstruktionsfehler“ in der Syndikatsgrundlage, der durch die verschiedene Behandlung und Einschränkung der Hüttenzechen und der reinen Kohlenzechen eine künstliche Konzentrationsbewegung erzeuge. Die allgemeine Gärung unter den Bergarbeitern Rheinland-Westfalens wird den Blick für die Rehrseite dieser Entwicklung wahr-scheinlich bald noch weiter schärfen.

Vielleicht bringen wir das Nieder- und Wiederempor des kapitalistischen Wirtschaftsganges am besten zur Vorstellung, wenn wir die Roheisen-Produktion, das Rückgrat so vieler und mannigfaltiger Industrie-zweige, ein paar Jahre zurückverfolgen. Das Erzeugnis Deutschlands (und Luxemburgs) betrug hier

	der Menge nach 1000 Tonnen	dem Werte nach 1000 Mark	
	1890 . . . . .	4658,5	267 580
	1891 . . . . .	4641,2	232 428
a)	1892 . . . . .	4937,5	229 296
	1893 . . . . .	4986,0	216 326
	1894 . . . . .	5380,0	231 570
	1895 . . . . .	5464,5	236 952
	1896 . . . . .	6372,6	299 660
	1897 . . . . .	6881,5	350 147
b)	1898 . . . . .	7312,8	378 752
	1899 . . . . .	8143,1	455 875
	1900 . . . . .	8520,5	551 146
c)	1901 . . . . .	7880,1	491 774
	1902 . . . . .	8529,9	455 699
	1903 . . . . .	10017,9	525 007

Die Produktion von 1904 wird man etwa der von 1903 gleichsetzen dürfen: einige Monate von 1904 stehen höher, dagegen andere, gerade nach dem Jahreschlusse zu, niedriger.

Die vier Perioden der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur seit 1890 heben sich scharf von einander ab: 1890 bis 1895 die Krisis und der Stillstand, 1896 bis 1900 der Wiederaufschwung, zum Teil glänzender Art, dann 1901 und 1902 der Rückschlag und die Depression, seitdem die Wiedererholung.

Die Roheisenerzeugung hat jedoch mit vielen kapitalistischen Industriezweigen das eine gemeinsam: der Menge nach schreitet sie oft selbst in ungünstigen Zeiten fort. So steht in der kritischen ersten Hälfte der neunziger Jahre nur das eine Jahr 1891 unter dem Niveau von 1890, dem letzten guten Jahre; gleich darauf setzt wieder ein, wenn auch langsames, Wachstum ein. Die Krisis spiegelt sich daher vorwiegend in den Preisen wieder: die fast  $5\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen von 1895 bringen noch nicht soviel Erlös wie die noch nicht  $4\frac{2}{3}$  Millionen Tonnen im Jahre 1890. In der guten Zeit steigen dann Mengen wie Preise, die Preise sogar zuweilen in viel größerer Geschwindigkeit. 1901 ist dann wieder ein isoliertes Jahr des Mengenrückganges, indes steht bereits 1902 wieder dem Jahre 1900 gleich; aber bei der gleichen Produktmenge bringt es statt 551 Millionen Mark nur 455,7 Millionen Mark. Die letzte Periode ist dann

lierten Widerstandsfonds für das ganze Reich beschlossen, um davon eine allgemeine Aufbesserung der Lebensverhältnisse durchzuführen. Zu demselben Mittel griff der Verband der Porzellanarbeiter und der der Maler und Anstreicher. Der Verband der Metallarbeiter berät eben über eine Ausgestaltung des Unterstützungswesens. Die Schuhmacher haben sich in der Bildung einer Zentralorganisation die Grundlage zu erfolgreichen gewerkschaftlichen Kämpfen geschaffen. Die Vereine der Brauer und Fabrikarbeiter werden zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt. Die Vereine der Tabakarbeiter haben sich in einen Reichsverein zusammengeschlossen, der heute bereits über mehr als 3000 Mitglieder verfügt und dessen Bedeutung um so höher anzuschlagen ist, als die Tabakindustrie in Oesterreich Monopol der Staates bildet und die Tabakarbeiter als ihren einzigen und übermächtigen Ausbeuter die staatliche Monopolverwaltung zu bekämpfen haben, die an Rückständigkeit und sozialpolitischer Uneinsichtigkeit keinem Privatunternehmer nachsteht. Doch dies sind nur einzelne Beispiele. Von der stillen Tätigkeit der Organisationen, die ihren Ausdruck in Vorstandsbeschlüssen und ihren Erfolg in den Kassenbüchern der Vereine findet, dringt wenig in die Öffentlichkeit und kann noch weniger in einem Jahresrückblick registriert werden.

Eine Reihe anderer Organisationen hat ihre Erfolge in offener Schlacht mit den Ausbeutern errungen. Die Bäckerarbeiter in Wien haben die Unternehmer, fast durchwegs kleingewerbliche Meister, zur Anerkennung eines Tarifs gezwungen. Die unmittelbare Folge dieser Wiener Bewegung waren erfolgreiche Tarifbewegungen in anderen größeren Städten Oesterreichs. Die Bauarbeiter haben durch die mächtige Kundgebung ihrer Solidarität den Baumeistern in Wien nicht nur die Lust an einer feierlich angekündigten Aussperrung verdröben, sondern auch ihre Forderungen durchgesetzt. Die Wiener Bauarbeiter waren vorher ein schwer organisierbares Völkchen gewesen. Sie kamen nur für die Zeit der Saison nach Wien und gingen im Winter regelmäßig in ihre ländliche Heimat zurück. Die angeordnete und auch tatsächlich versuchte Aussperrung trieb sie in die Gewerkschaft. Die Bewegung hatte Erfolg, sie griff auch hier über Wien hinaus und der Verband der Bauarbeiter sah seine Mitglieder plötzlich auf 15 000 angewachsen. Die Holzarbeiter hatten in Prag anfangs des Jahres einen schweren Kampf zu bestehen. Die Tischlergehülfen Prags waren ausgesperrt worden, und hartnäckig weigerten sich die Unternehmer, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Im Verlauf des Kampfes sah sich sogar die Gewerkschaftskommission veranlaßt, eine außerordentliche Streiksteuer auszusprechen. Auch die Tischlergehülfen Wiens haben einen langjährigen Kampf um den Neunstundentag mit Erfolg durchgeführt.

An diese Kämpfe alter festgefügtter Organisationen schließt sich eine Reihe von Streiks in Arbeiterschichten, die bisher der Gewerkschaftsbewegung völlig unzugänglich waren. Ihr Boden war hauptsächlich Wien. Der Streik der Schwerkutscher endete in wenigen Tagen mit einem vollen Erfolg. Daran schloß sich eine Lohnbewegung der Arbeiter in den Lagerhäusern, dem Handelsquai in Wien, und im Beginn des Winters rang sich das Solidaritätsbewußtsein auch unter den Auflagern und Arbeitern der großen Wiener Kohlenfirmen

durch. Alle diese Arbeiter sind furchtbar schlecht entlohnt, haben überlange Arbeitszeit und eine aufreibende, ermüdende Arbeit. Wenn auch bei ihnen, die kaum Zeit zum Ausruhen haben, der Gedanke der Einigkeit und des gemeinsamen Kampfes geweckt wurde, so ist das ein Zeichen, wie sehr die Ideen der Arbeiterbewegung sich auch in Oesterreich bis in die gedrücktesten Schichten der Arbeiterschaft auszudehnen beginnen. Schließlich sei noch des großen Streiks der Erdölarbeiter von Bohslaw gedacht, die sich in ähnlichen elenden Verhältnissen befanden.

So hat die Arbeiterschaft Oesterreichs neuerdings bewiesen, daß sie imstande ist, trotz der widrigen allgemeinen Kampfbedingungen in ihrem Lande ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie hat im vergangenen Jahre viel geleistet und darf mit vollem Recht ihren Platz in der internationalen Gewerkschaftsbewegung beanspruchen.

Dr. Winter.

### Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Das Jahr 1904 war kein ungünstiges für die französischen Gewerkschaften. Im Anfange desselben stand die Agitation für die Beseitigung der privaten Stellenvermittlungsbüros im Vordergrund. Nachdem die Abgeordnetenkammer, unter dem Druck dieser Agitation, binnen kurzer Zeit einen ziemlich guten Entwurf durchberaten und demselben seine Zustimmung gegeben hatte, sah sich auch der Senat bald genötigt, sich mit der Lösung dieser Frage zu beschäftigen, und am 14. März wurde der Entwurf zum Gesetz; allerdings war derselbe vom Senate in verschiedenen Punkten verschlechtert worden; die größte Verschlechterung ist wohl die, daß die Beseitigung in das Belieben der Municipalräte gestellt wird, während, dem Entwurfe der Kammer nach, alle Büros, in welchen für die Arbeitsvermittlung zu bezahlen war, binnen längstens 5 Jahren verschwinden mußten und so weiter. Immerhin wurde das Gesetz vom 14. März dem bis dahin existierenden Zustande vorgezogen. Der Stadt Paris kamen die Entschädigungen an die bisherigen Bureau-Inhaber schon teuer zu stehen. Bis jetzt sind allerdings erst die geschlossen worden, deren Beseitigung von den Opfern dieser Inhaber so energisch verlangt wurde, wie den Bäckern, den Angestellten in den zur Alimentation gehörigen Etablissements (Cafés, Restaurants, Hotels) und den Coiffeuren. Allerdings bedarf es der fortwährenden Wachsamkeit der betreffenden Organisationen, um die Einhaltung dieses Gesetzes zu erzwingen, weil die Inhaber der früheren Büros resp. von ihnen vorgeschobene Personen heimliche Vermittlungsstellen einrichten; auf das fortwährende Drängen der dabei interessierten Organisationen hat sich nun der Polizeipräfekt entschlossen, gegen fünf dieser Vermittler vorzugehen. Mit diesen ist die Liste dieser Ausbeuter aber nicht erschöpft.

Die Frage der gewerblichen Schiedsgerichte hat leider keinen Fortschritt gemacht; der Senat, der nicht umsonst wegen seiner reaktionären Gesinnungen in den die Arbeiter interessierenden ökonomischen Fragen berüchtigt ist, will nichts von einer Ausdehnung der gewerblichen Schiedsgerichte auf die so zahlreichen Handelsangestellten wissen. Während sich die Kammer für die Ausdehnung aussprach, lehnte der Senat dieselbe zweimal ab, und zwar zuerst am 30. Oktober 1903 und dann aufs neue im Februar 1904.

Andererseits erfährt aber diese Institution der Schiedsgerichte von Tag zu Tag eine weitere Verschlechterung, und zwar durch den Mißbrauch, welchen die Unternehmer mit dem Appellrecht treiben. Sobald ein Entscheid der Schiedsgerichte eine gewisse Be-

Charakterisiert durch zwar rasch anschwellende Produktion, jedoch bei weiterhin gedrückten Preisen. Konnte auf dem Gipfel des letzten Aufschwunges die Produktion schwer der Nachfrage genügen, so muß man heute, trotz mancher Besserung gegen 1901/02 durch niedrige Preise Absatz schaffen — für beträchtliche Mengen sogar durch Schleuderpreise. Der Leser weiß, daß das letztere für einen großen Teil der Ausfuhr gilt. Seit 1900, dem letzten Prosperitätsjahr, stieg die Ausfuhr rapid; sie betrug an Eisen und Eisenwaren:

1900	1 548 557 Tonnen
1901	2 347 211 "
1902	3 309 007 "
1903	3 481 224 "

Für 1904 liegen in der Reichsstatistik nur die ersten elf Monate vor; danach wäre zum ersten Male die Rotausfuhr wieder weniger nötig gewesen (Januar bis Ende November 1903 3,2 Millionen Tonnen, 1904 2,5 Millionen Tonnen). Daß es aber nicht leicht war, die entsprechenden Mengen im Inland unterzubringen, beweisen folgende Notierungen der Düsseldorfer Montanbörse, die sich noch immer auf niedrigem Niveau halten:

1904:	I. I.	III. I.	IV. I.	VI. I.	XI. 15.	XII.
Spiegeleisen	67	67	67	67	67	67
Ruddelroßeisen Nr. I	56	56	56	56	56	56
Siebereiseisen Nr. I	66	67,50	67,50	67,50	67,50	67,50
Bessemereseisen	67	68	68	68	68	68
Thomasroßeisen	57,50	57,75	57,75	57,50	57,70	57,70
Stabeisen. (Schweißeis.)	120	120	121	125	125	125
(Stußeisen)	108,50	104,50	112	113,50	105,50	108
Steffelbleche a. Flußeis.	150	150	155	155	152,50	152,50

Auch hier wird also — wir wiederholen jedoch, daß manche Gewerbe günstiger dastehen, wie die Eisenindustrie — das allgemeine Bild der Wirtschaftslage im Jahre 1904 bestätigt: eine gewisse Besserung und Festigung ist unleugbar; von einem glänzenden, rapiden Aufschwung, wie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, ist jedoch nichts zu spüren.

Berlin, 1. Januar 1905. Max Schippel.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Möbelpolierer Deutschlands beschloß in seiner Delegiertenversammlung am 29. Dezember vorigen Jahres den Uebertritt zum Deutschen Holzarbeiterverband mit 29 gegen 17 Stimmen. Die Minorität erklärte, sich den Beschlüssen zu fügen. Eine gewählte Kommission soll die Uebertrittsbedingungen mit dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes vereinbaren. Der Verband zählt etwa 1300 Mitglieder und hatte mit der Geschäftsleitung der Freien Vereinigungen keinerlei Verbindung; er gehörte aber auch nicht der Berliner Gewerkschaftskommission an. Jedenfalls ist sein Anschluß als ein Sieg des Konzentrationsgedankens über die centripetalen Kräfte zu begrüßen. Auch die lokalistischen Rüstmacher wollen sich jetzt dem Holzarbeiterverband anschließen, ebenso die lokalistischen Kürschner dem Kürschnerverband, während die Verhandlungen der Bleiglasler zwecks Uebertritts zum Verband der Glasler ergebnislos verliefen. (Siehe auch die Rubrik: „Aus anderen Organisationen“.)

Das Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes hat am Jahreschlusse eine Auflage von 90 000 Exemplaren erreicht. Es stieg innerhalb des Jahres 1904 um 16 000 Exemplare. In gleichem Maße dürfte sich die Mitgliederzahl des Verbandes vermehrt haben. Vom 1. Januar wird

der Bergarbeiterverband seine „Gazeta Gornicza“ für die polnisch sprechenden Mitglieder, die bisher als 7. Seite der Bergarbeiterzeitung erschien, als selbständiges Blatt, das nur den polnischen Kameraden zugeht, herausgeben.

### Ein Jahr der Arbeit und des Kampfes in Oesterreich.

Die Arbeiterschaft Oesterreichs befindet sich in einer ungemein schwierigen Lage. Die gänzliche Verjüngung des politischen Lebens, hervorgerufen durch die Arbeitsunfähigkeit des Privilegienparlamentes und die Einfichtslosigkeit der Lenker dieses Staates, hat jede Möglichkeit benommen, die parlamentarische Tribüne für die Zwecke des Klassenkampfes zu benutzen. Wie in einem absolutregierten Staate, ist dadurch die Macht der Bureaukratie ungemein gewachsen. Sie entscheidet heute tatsächlich über die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben des Staates. Und wenn der oberste Leiter der Bureaukratie, der Ministerpräsident, auch ein Mann modernerer Anschauung ist, so besteht seine Modernität doch in nichts anderem als in einer gewissen, in Oesterreich früher wenig gekannten Industriefreundlichkeit. Dies bedeutet aber bei uns insbesondere immer Industriellenfreundlichkeit, Schutz der Ausbeuterinteressen.

Den Unternehmern stehen die Türen der Ministerien offen, den Arbeitern sind sie naturgemäß verschlossen, aber die Arbeiter haben auch nicht einmal die rechte Gelegenheit zur Kritik. Denn die Tätigkeit der Bureaukratie ereignet sich in einzelnen Akten, die Normen für diese Tätigkeit bestehen in geheimen Erlassen.

Die Unternehmerfreundlichkeit der Ministerien und die Stagnation des Parlamentes hat aber auch die Industriellen zur Selbsthilfe angerufen. Die Unternehmervereine gedeihen üppig. Ihre Angriffslust steigt, aber auch ihre sozialpolitische Uneinsichtigkeit, die eine solche der kleinsichen, kaum über die Landesgrenzen reichenden Tätigkeit der Industrie ist. Die österreichische Arbeiterschaft hat daher gegen Unternehmer zu kämpfen, die mit allen modernen Hilfsmitteln des Klassenkampfes arbeiten, während ihr die Hilfe, die die Organisation des kapitalistischen Staates an und für sich bietet, versagt bleibt.

Wenn dennoch die gewerkschaftliche Bewegung nicht zum Stillstand gelangt, sondern bedeutende Vorstöße macht, so ist das ein neuer Beweis dafür, daß die Elastizität und Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse mit den Schwierigkeiten wächst, die sich ihr hindernd in den Weg stellen. Denn das vergangene Jahr war für die österreichische Arbeiterbewegung wahrlich kein Jahr der Ruhe und des behaglichen Zuschauens. Es war erfüllt von reicher gewerkschaftlicher Tätigkeit im Innern der Organisationen und von einer Reihe machtvoller Vorstöße und der Eroberung von Arbeiterschichten, die bis nun der Gewerkschaftsbewegung gänzlich fremd gegenüberstanden.

Die alljährliche Aufnahme der Stärke der Gewerkschaften hatte im Jahre 1903 einen außerordentlichen Mitgliederzuwachs konstatieren lassen. Die Mitglieder der Berufsgewerkschaften war von 135 178 auf 154 665, also um beinahe 20 000, gestiegen. Dieser Zufluß hat auch im Jahre 1904 angehalten. Eine Folge der erhöhten Mitgliederzahl war ein intensiver Ausbau der Organisationen im Innern. So hat der Verband der Buchbinder die Einführung eines zentra-



die Quantitäten an andern festgesetzt und betragen bis zwei Liter pro Tag für die Männer und einen Liter für die Frauen. Die große Verschiedenheit, welche noch hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen herrscht, macht eine einheitlichere Regelung notwendig; die Leiter der Bewegung sind sich auch dieser Notwendigkeit bewußt; alles in allem berechtigt diese Bewegung der Landarbeiter Südfrankreichs zu guten Hoffnungen.

Trotz der hier noch in der Arbeiterbewegung existierenden Spaltungen und Rivalitäten geht es also in der französischen Gewerkschaftsbewegung erfreulicherweise vorwärts.

Paris, 1. Januar.

B. Trapp.

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Vom Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Es war ein ansehnliches und bedeutungsvolles Parlament, das in den Tagen vom 28.—31. Dezember im Berliner Gewerkschaftshause tagte. Beratungsgegenstände waren der Wohnungsgesetzentwurf, der Schulgesetzentwurf, der Entwurf betreffend Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter und das preußische Landtagswahlrecht. Die Verhandlungen verliefen, bis auf die des letzten Punktes, die dem Referenten eine günstige Gelegenheit zu scharfen Ausfällen gegen den sogenannten Revisionismus dünkten, durchaus einheitlich und waren getragen von einer lebhaften Proteststimmung gegen das bittere Unrecht, das die größte Partei der preußischen Bevölkerung von der Vertretung im Landtage systematisch ausschließt. Gewerkschaftliche Interessen berühren vor allem der erste und dritte Verhandlungsgegenstand. Die Stellung der Sozialdemokratie Preußens zum Wohnungsgesetzentwurf kam in einer Resolution zum Ausdruck, die unter Vertwerfung dieses Entwurfs folgende Forderungen erhob.

1. Erlass eines umfassenden Reichs-Wohnungsgesetzes, unter anderem mit Bestimmungen für die in den einzelnen Gemeinden zu erlassenden Wohnungs-Ordnungen und weitgehendem Enteignungsrecht zugunsten der Gemeinden.
2. Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes als Zentralinstanz für die in allen Gemeinden zu errichtenden kommunalen Wohnungsämter.
3. Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Einwohner der Gemeinde. Aufhebung aller Vorrechte für die Hausbesitzer.
4. Völlige Selbsterhaltung der Gemeinden.

Erst wenn diese Vorbedingungen gegeben sind, werden die Gemeinden die Wohnungsnot ernstlich bekämpfen können. Als hierfür geeignete Mittel kommen in erster Linie in Betracht:

- a) Erhaltung und Vermehrung des Gemeinde-Eigentums an Grund und Boden.
- b) Errichtung von Häusern mit gesunden, dem Bedürfnis der breiten Massen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden. Diese Wohnungen sind zu Mietspreisen abzugeben, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden.
- c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.
- d) Aufstellung von umfassenden Stadterweiterungsplänen und Erlass abgestufter Bauordnungen.
- e) Uebernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie und plannmäßige Aufschließung des Gemeindegebietes.

Hinsichtlich des Kontraktbruchgesetzentwurfs nahm der Parteitag nach einem ausgezeichneten und wir-

kungsvollen Referate Stadthagens, das die Rechtlosigkeit der Landarbeiter kennzeichnete und die Organe des Brügelrechts im preußischen Junkerelddorado brandmarkte, und nach einer Diskussion, die zu den Ausführungen Stadthagens ein ebenso erdrückendes als drastisches Beweismaterial brachte, folgende Resolution an:

Der dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes ist ein mit der Reichsgesetzgebung unvereinbares neues Ausnahmegesetz gegen die Kleinbauern, die ländlichen Arbeiter und das Gesinde. Dieser Gesetzentwurf sucht diese Arbeiterklasse zugunsten der Großgrundbesitzer vollends zu entrechten und auf die Stellung mittelalterlicher Höriger und Zwangsarbeiter herabzudrücken. Eine bis zur Un-erträglichkeit gesteigerte Vermehrung des Glucks der Kleinbauern, der ländlichen Arbeiter und des Gesindes, sowie eine Vermehrung der Leutenot wäre die notwendige Folge eines solchen Ausnahmegesetzes.

Gegen diesen Gesetzentwurf erhebt der preußische Parteitag den nachdrücklichsten Protest.

Der preußische Parteitag fordert entgegen diesem Ausnahmegesetz:

1. Die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gesindes mit den gewerblichen Arbeitern. Errichtung von Schiedsgerichten für die Streitigkeiten der Landarbeiter und des Gesindes unter Mitwirkung von Richtern, welche von den Landarbeitern und Arbeiterinnen und dem Gesinde aus ihren Berufskreisen auf Grund des allgemeinen gleichen geheimen direkten Wahlrechts zu wählen sind.
2. Beseitigung der gegen die ländlichen Arbeiter und gegen das Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze, insbesondere des Gesetzes vom 21. April 1854 und der Gesinde-Ordnungen.
3. Arbeiterrecht durch Reichsgesetz für die ländlichen Arbeiter und für das Gesinde, und ein volles, gesichertes Koalitionsrecht.

Die traurige wirtschaftliche und rechtliche Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung und das Bestreben der herrschenden Klasse, die ländliche erwerbstätige Bevölkerung vollends rechtlos zu machen, legt den Parteigenossen die dringende Pflicht auf, die ländliche Bevölkerung über die Mißachtung ihrer Rechte aufzuklären und ihm die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses zum gemeinsamen Kampfe gegen Ausbeutung und Reaktion einzuprägen.

Der Parteitag fordert daher die Parteigenossen auf, mit allen Kräften die Organisation der Landarbeiter und des Gesindes zu betreiben, um die wirtschaftliche Notlage und die politische Unterdrückung des ländlichen Proletariats wirksam zu bekämpfen.

Der Parteitag der Sozialdemokraten Preußens protestiert gegen die in Nordschleswig geübte Politik, aus dem Königreich Dänemark stammende Knechte und Mägde von Amts wegen unter Androhung der Ausweisung zum Kontraktbruch aufzufordern und zu verleiten.

Abgelehnt wurde ein Antrag Hüttmann-Frankfurt a. M., der den Parteivorstand ersuchen wollte, im Verein mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands organisatorische Anregungen für die Landarbeiter zu geben und deren Verwirklichung in den einzelnen Landesteilen einzuleiten, — mit der Motivierung des Referenten, daß es eines solchen Beschlusses nicht bedürfe, da schon jetzt das Mögliche in dieser Beziehung geschehe.

Ferner protestierte der Parteitag durch Annahme einer Resolution Reist gegen die politische und gewerkschaftliche Vergewaltigung der Arbeiter und Angestellten bei den preußischen Staatsbahnen, insbesondere durch den Erlass des Ministers v. Budde, der den Eisenbahnern das Koalitionsrecht unterbindet. Er bezeichnete dieses Vorgehen des Ministers als einen Mißbrauch der staatlichen Gewalt und als eine Bevormundung, die mit dem Recht der Koalition unvereinbar sei und fordert die Angestellten und Arbeiter der preußischen Staatsbetriebe zur ausgiebigen Be-

deutung hat, appellieren die Unternehmer und reichen eine konventionelle Forderung ein. Die Sache kommt vors Handelstribunal, das nur aus Unternehmern zusammengesetzt ist und die Arbeiter werden meistens verurteilt, selbst wenn ihre Forderung noch so berechtigt ist. Die Arbeiter verlangen nun die Bildung einer Appellations-Instanz, in welcher beide Elemente vertreten sind. Selbst der Senat hat die Notwendigkeit einer Aenderung in dieser Beziehung anerkannt und hat das Civil-Tribunal als Berufungs-Instanz vorgeschlagen.

Die Schiedsgerichte von Roubaix, Turcoing und Lille haben infolge des letzten Kongresses der gewerblichen Schiedsgerichte in Havre eine Delegation nach Paris an die „Kommission der Arbeit“ in der Kammer gefandt, um gegen diesen unhaltbaren und ungerechten Zustand zu protestieren und auf eine Aenderung zu dringen. Diese Delegierten forderten gleichfalls auch die Ausdehnung der Schiedsgerichte auf die Handelsangestellten.

Das Ueberwachungs-Comité der gewerblichen Schiedsrichter (Arbeiter) des Seine-Departements hat an alle ihm angeschlossenen Syndikate einen Appell gerichtet, in welchem das Vorgehen mittels der konventionellen Forderungen energisch verurteilt wird; in der Sitzung vom 1. Dezember v. J. wurde dann der Beschluß gefaßt, an den Justizminister eine Delegation zu senden, um von diesem zu verlangen, daß er das nötige zur Abstellung des skandalösen Mißstandes veranlasse, da die Gewerbeschiedsrichter ohnmächtig seien, die Respektierung ihrer Entscheidungen zu erzwingen und somit schließlich nur eine lächerliche Rolle spielten. Dem Justizminister wird eine Frist zur Abstellung bis zum 1. März eingeräumt, widrigenfalls sämtliche Arbeitervertreter im Gewerbeschiedsgericht nach Ablauf dieser Frist ihre Demission einzureichen haben. Die im Ueberwachungs-Comité vertretenen Organisationen wurden aufgefordert, zu diesem ersten Beschlusse sofort Stellung zu nehmen.

In Marseille erlebte man ja das neue Schauspiel, daß auch die Herren Schiffsoffiziere infolge eines teilweisen Ausstandes der Seeleute zum Mittel des Streiks griffen, aber nicht etwa um eine Verbesserung ihrer Situation seitens der sie beschäftigenden Kompagnien zu verlangen, sondern nur, um eine Verschärfung der Disziplin gegen die ihnen unterstellten Mannschaften durchzusetzen. Diese „arbeiterfreundlichen“ Bestrebungen hatten aber nicht den geringsten Erfolg.

Das Unfallgesetz vom 9. April 1898, das sehr ergänzungsbedürftig war, bildete den Gegenstand eingehender Beratungen in der Kammer, welche ihre Zustimmung zu günstigen Veränderungen gab. Der Senat, an welchem die Verbesserungsvorschläge gehen mußten, um Gesetzeskraft zu erlangen, nahm wie gewöhnlich Verschlechterungen vor; trotzdem bietet der von ihm veränderte Entwurf indessen noch einen guten Fortschritt und beschloß deshalb die Kammer in ihrer letzten Sitzung der Session (29. Dezember), sich den Veränderungen des Senates anzuschließen, damit der neue Gesetzentwurf möglichst bald zum Vorteile der Arbeiter Gesetzeskraft erlange. Die Abänderungen sind zahlreiche und betreffen die Artikel 3, 4, 10, 15, 16, 19, 21, 27 und 30 des Gesetzes von 1898.

Der allgemeine Gewerkschafts-Kongreß, welcher im September in Bourges stattfand, zeigte eine erfreuliche Erstarkung der gewerkschaftlichen Bewegung in Frankreich. Die Beteiligung am Kongresse war eine große und das Interesse dafür ein sehr lebhaftes, weil man wußte, daß es zwischen den Anhängern der zwei Richtungen innerhalb der französischen Gewerk-

schaftsbewegung zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen würde. Dies war auch der Fall. Die zwei Strömungen existierten schon lange, nur traten die Gegensätze bisher wenig auf den allgemeinen Gewerkschafts-Kongressen hervor, was zur Folge hatte, daß die Anträge der Majorität, welche noch heute alles nur vom Generalstreik und der schon früher erwähnten „direkten Aktion“ erhofft, gegen wenige Stimmen angenommen wurden. Dies hat sich nun geändert. Die Minorität war zahlreich vertreten und sehr lebhaft aber doch interessante Debatten fanden in Bourges statt. Daß sich eine Aenderung vollzieht, zeigte sich kürzlich gelegentlich der Wahlen zur Vertretung der französischen Arbeitsbörsen im Comité der Confédération; etwa zwei Fünftel der abgegebenen Stimmen fielen auf Vertreter der sogenannten reformistischen Richtung.

Bekanntlich beschloß der Kongreß in Bourges, daß der Achtstundentag durch die Gewerkschaften bis zum 1. Mai 1906 erzwungen werden solle. Die Bewegung zugunsten dieser Forderung hat schon sehr lebhaft begonnen, indessen scheinen unsere französischen Kameraden nicht genügend daran zu denken, daß diese Frage eine ganz andere Bedeutung für die Bourgeoisie und das Unternehmertum im allgemeinen besitzt als irgend eine andere Frage, wie die der Beseitigung der privaten Arbeitsvermittlungsbüreaux zum Beispiel.

Eine erfreuliche Erstarkung zeigt die Organisation der Landarbeiter Südfrankreichs. Die meisten derselben sind in den Weinbergen der Departements Aude, Pyrénées-Orientales und Gers beschäftigt. Durch die großen Umänderungen in der Produktionsweise, wie sie sich dort während der letzten Jahrzehnte vollzogen hat, verschlechterte sich die Situation dieser Proletarier immer mehr. Im Jahre 1890 wurden die ersten Versuche zur Organisierung derselben gemacht. Indessen erst seit dem Jahre 1900, das eine ungeahnt reiche Weinernte lieferte, machte die Organisation weitere Fortschritte, weil der Absatz der riesigen Weilmengen ein ungenügender war und sich die Situation der Arbeiter und der kleinen Weinproduzenten sehr verschlechterte.

1903, im August, fand der erste Kongreß der Landarbeiter dieser Weingegend in Béziers statt; mehr als 30 Syndikate waren vertreten; ein Jahr später fand der zweite Kongreß in Narbonne statt, an welchem schon 111 Syndikate teilnahmen, eine Zahl, welche sich seitdem auf mehr als 150 erhöht hat; 93 Delegierte wohnten dem Kongresse bei. Die Zahl der vertretenen Mitglieder wird auf mehr als 15 000 geschätzt. Im Winter 1903- und anfangs 1904 brachen eine größere Anzahl von Streiks aus, welche den Arbeitern ziemliche Erfolge brachten. Letzten Herbst wollten nun die großen Weinbergbesitzer die damals eingegangenen Verpflichtungen annullieren und die Löhne wieder reduzieren; neue Streiks brachen aus, durch welche die früheren Erfolge gesichert und teilweise neue errungen wurden. Die erzielten Lohnerhöhungen belaufen sich auf 16 bis 40 Pfennige per Tag, je nach den Departements; in einer Reihe von Orten ist die Arbeitszeit um eine Stunde reduziert worden, indessen ist die Bewegung noch keine einige; sie wird es aber werden. So beträgt zum Beispiel der Lohn im Departement des Gers 2 Mk. 20 Pf. für 6 Stunden, im Departement des Aude 2 Mk. für 7 Stunden und in der Umgegend der Stadt Narbonne 2 Mk. 40 Pf. für 7 Stunden. Außerdem müssen die Besitzer in manchen Gegenden eine gewisse Quantität Wein gratis liefern, während die Arbeiter an manchen Orten (namentlich während der Weinlese) nach Belieben Wein trinken können, find-

bestand vom Vorjahre 86013,12 Dollars betrug; die Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen beliefen sich auf 136941,47 Dollars, für Bedarfsartikel (Geschäftsbücher usw., welche den angeschlossenen Vereinen verkauft werden) vereinnahmte die Federation 17293,04 Dollars, für den „American Federationist“ 32639,89 Dollars. Außerdem wurden 39875 Dollars sonstige Einnahmen und 33722,55 Dollars für den Streifond der Lokalvereine verzeichnet, was zusammen die Summe von 307009,09 Dollars ergibt.

Die Ausgaben verteilten sich wie folgt:

Unterstützung an Gewerkschaften	Dollars 3 059,26
Miete	2 035,75
Gebrauchsartikel für angeschlossene Verbände	9 253,40
Zur Vertreibung von Gesezen	2 787,30
Agitationsliteratur	1 662,25
Kosten der Jahresversammlung zu Boston	5 110,89
Gehälter: Präsident, Sekretär, Schatzmeister	5 700,—
Bureaupersonal	20 252,31
Drucksachen	6 212,74
Porto, Frachten usw.	7 372,58
Kosten der Zusammenkünfte des Exekutiv-	
ausschusses, Reisespesen usw.	5 282,50
Streikunterstützung an Lokalvereine	15 972,—
Organisations- und Agitationskosten	83 242,23
„American Federationist“	30 699,92
Anderere Ausgaben	5 378,02
<b>Zusammen</b>	<b>203 991,15</b>

Ueberschuß . . . . . 103 017,94  
Die Zahl der abgeordneten Poststücke betrug im Verwaltungsjahre 1904 280999.

In derselben Zeit wurden 443 Anschlußurkunden an Gewerkschaften ausgegeben und 1234 zurückgezogen. Hierin kommt der engere Zusammenschluß der organisierten Arbeiter in Centralverbänden und die Abnahme der Bedeutung der lokalen Vereine zum Ausdruck. Von jenen Centralverbänden, die sich im Jahre 1904 neu angeschlossen oder neu gegründet wurden, sind zu nennen: Verband der Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter\*), Verband der Papierfäde-erzeuger, Verband der Bauhilfsarbeiter, Brüderchaft der Gießereiarbeiter, Bürstenmacherverband, Verband der Pelzwarenarbeiter, Verband der Chemigraphen usw.

Der Mitgliederstand der bedeutendsten Centralverbände in den Jahren 1900, 1903 und 1904 ist aus der nebenstehenden Zusammenstellung ersichtlich.

Von allen 120 Centralverbänden, die der American Federation of Labor angehören, berichteten an den Sekretär 117 über die Mitgliederbewegung. Jene Organisationen, deren Mitgliederzahl stieg, hatten um 253485 Mitglieder mehr als im Vorjahre; über die Verluste der übrigen genaue Mitteilungen zu machen, unterließ Herr Morrison. In den Ausweisen der einzelnen Verbände selbst finden wir einen fast durchwegs höheren Mitgliederstand angegeben.

Berichte über die Streiks hatten nur 109 Verbände eingesandt. Die Statistik, welche der Sekretär daraus zusammenstellte, ist mangelhafter als in den letzten Jahren. Von den 1806 Ausständen verliefen 1193 vollständig, 233 teilweise zugunsten der Arbeiter; 194 gingen verloren, während die übrigen am Schluß des Berichtsjahres noch andauerten.

Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß 34 Verbände im Laufe des Jahres Lohn erhöhungen durchsetzten. Ueber die Lohnreduktionen wird das-

\*) Gehörte nur ein Jahr der Federation nicht an.

	Mitgliederzahl		
	1900	1903	1904
Bäcker . . . . .	4500	15400	16200
Barbiere . . . . .	6900	20800	23600
Buchbinder . . . . .	3600	8100	6500
Brauer . . . . .	18300	30000	30500
Böttcher . . . . .	3800	7200	7100
Bekleidungsarbeiter . . . . .	7400	45700	45700
Brücken- und Eisenkonstr.-			
Arbeiter . . . . .	—	16000	11500
Blecharbeiter . . . . .	2900	12600	15300
Bergarbeiter . . . . .	101000	217300	257700
Cigarrenarbeiter . . . . .	32100	38300	40500
Dockarbeiter . . . . .	20000	40000	50000
Eisenbahntelegraphisten . . . . .	8000	9500	15000
Detailhandelsangestellte . . . . .	20000	50000	50000
Eisen- und Stahlarbeiter . . . . .	8000	15000	13500
Elektrizitätsarbeiter . . . . .	4800	18300	21000
Fleischer . . . . .	3200	25300	34400
Formen . . . . .	15000	30000	30000
Fuhrleute . . . . .	4700	32000	84000
Granithauer . . . . .	5900	9400	9900
Glasbläser . . . . .	4200	6100	6600
Heizer . . . . .	2400	14300	18000
Handschuhmacher . . . . .	—	3000	2000
Hutmacher . . . . .	6000	8500	8500
Hufschmiede . . . . .	2100	4400	4200
Hotel- u. Restaurantbedienst.	4800	39100	49400
Gas- u. Dampfinstallateure	4500	15200	16500
Holzarbeiter . . . . .	12100	27300	28300
Klaviermacher . . . . .	—	6500	9900
Lederarbeiter . . . . .	—	3600	2500
Maschinenbauer . . . . .	22500	48800	55700
Metallpolierer, Drücker usw.	5000	12800	12800
Metallarbeiter . . . . .	1000	8700	9600
Maschinenisten . . . . .	2700	14200	17600
Maler und Anstreicher . . . . .	28800	56600	60700
Musiker . . . . .	6200	14000	22000
Modellmacher . . . . .	2200	2900	3700
Maschinenmeister (Buchdr.)	9100	14400	16000
Oberbauarbeiter . . . . .	—	8700	12300
Papierarbeiter . . . . .	400	10700	8800
Sattler . . . . .	21100	4800	4600
Straßenbahnbedienstete . . . . .	3500	25600	30000
Seeleute . . . . .	4200	13900	20100
Schriftsetzer . . . . .	32900	43500	46700
Schmiede . . . . .	1500	7000	10500
Schuhmacher . . . . .	4700	29700	32000
Schneider . . . . .	7300	13800	15900
Töpfer . . . . .	2200	6100	5800
Textilarbeiter . . . . .	3400	15000	10500
Theaterarbeiter . . . . .	3000	4500	5000
Tapezierer . . . . .	1300	2500	3000
Wäschereiarbeiter, Näherinn.	—	8500	6500
Wagenbauer . . . . .	—	12800	10200
Ziegelarbeiter . . . . .	1400	5500	7300
Zimmerer (Brüderchaft) . . . . .	20000	109000	155400
<b>Alle Centralverbände</b> . . . . .	<b>513421</b>	<b>1383000</b>	<b>1620900</b>
<b>Lokale Vereine</b> . . . . .	<b>34900</b>	<b>82800</b>	<b>55300</b>
<b>Zusammen</b>	<b>548321</b>	<b>1465800</b>	<b>1676200</b>

selbe Schweigen bewahrt wie hinsichtlich der Mitgliederverluste.

Die Daten über die Unterstützungsgebarung, welche Morrison vorlegen konnte, sind am dürftigsten. Es hatten solche nur etwas mehr als die Hälfte aller Verbände mitgeteilt und auch diese beziehen sich bloß

tätigung ihres Koalitionsrechtes und ihrer freien politischen Ueberzeugung auf.

Endlich lenkt eine Resolution des Parteitagcs auch die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die Vorgänge im Ruhrbergbau. Unter Protest gegen die brutalen und arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Zechenverwaltungen fordert sie die Regierung zu schleuniger Abhülfe der Bergarbeiterbeschwerden auf und macht bei einem eventuellen Streik das Unternehmertum und die Behörden für dessen Ausbruch verantwortlich; die Gesamtarbeiterschaft fordert sie auf, in einem solchen Kampfe die Vergleute mit allen Kräften moralisch und materiell zu unterstützen.

### Die 24. Jahresversammlung der American Federation of Labor

wurde vom 14. bis 24. November 1904 in „Lyric Hall“, in der Stadt San Franzisko, Kalifornien, abgehalten. Es waren 276 Delegierte anwesend, die 1569100 organisierte Arbeiter vertraten, und zwar 78 Centralverbände, 14 Staatsfederationen, 35 Gewerkschaftskartelle und 46 lokale Vereine. Außerdem wohnten den Verhandlungen 5 Vertreter fremdländischer Organisationen und anderer Körperschaften bei. Nach der Eröffnung der ersten Sitzung durch Sam. Gompers hielt James D. Walsh, der Präsident des Gewerkschaftskartells von San Franzisko, eine Ansprache, in welcher er die Einigkeit der Arbeiter in Osten und Westen, in allen Teilen der Union hervorhob und auf die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in San Franzisko und Kalifornien verwies. Der Bürgermeister der Stadt, E. E. Schmitz, welcher selbst Gewerkschaftsmitglied ist, begrüßte die Versammlung, worauf Gompers in entsprechender Weise antwortete. Sodann erstattete die Mandatprüfungs-Kommission ihren Bericht und wurden die verschiedenen Comités ernannt. Im weiteren folgten die Berichte des Präsidenten, des Sekretärs und des Schatzmeisters.

Die Rede Sam. Gompers führt die Ereignisse des Jahres 1904 auf gewerkschaftlichem Gebiet vor Augen. Es ist den Feinden der Arbeiter auch in diesem Jahre nicht gelungen — trotz der Hoffnungen, die sie hegten — eine Niederlage der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Daß die Erfolge des heurigen Jahres geringere sein werden, als die des vorigen, konnte jeder voraussehen, der über eine Kenntnis des Wirtschaftslebens verfügt und weiß, wie sehr die ökonomischen Zustände das Wachstum der Gewerkschaften zu beeinflussen vermögen. Wenn es einmal gelungen ist, einen großen Kreis der qualifizierten Arbeiter in die Organisationen zu bringen, dann geht die weitere Mitgliederzunahme langsamer vor sich. Im Jahresdurchschnitt zählten die angeschlossenen Gewerkschaften 1676200 Mitglieder, das ist um 210400 mehr als im Jahre 1903; dies bedeutet einen gar nicht zu unterschätzenden Erfolg. Der Redner besprach hierauf die wirtschaftliche Depression, welche nun als überwunden gelten kann, ohne daß sie den Arbeitern soviel Schaden zufügen konnte, als allgemein prophezeit worden war. Die Ursache davon ist, daß die Gewerkschafter selbst Einblick in die ökonomischen Vorgänge gewonnen haben und ihr Verhalten danach richten. Es sei nicht zu bedauern, daß viele Streiks geführt wurden, um Lohnreduktionen zu verhindern, weil es meist gelang, die Annahmungen der Unternehmer abzuweisen und damit eine größere Notlage der Masse der Konsumenten gleichwie einen weiteren Produktionsrück, der unvermeidlich hätte folgen müssen, abzuwehren.

Trotz aller Drohungen der Kapitalisten haben die Gewerkschafter an dem Prinzip des kollektiven Arbeitsvertrages, an dem „Union Shop“, festgehalten. Wenn dem Unternehmer das Recht zugestanden wird, einen Vertrag zu schließen, der seinen Wünschen entspricht, so muß dies für den Arbeiter in gleichem Maße gelten. Die Freiheit der Arbeit wird nur dadurch gewährleistet, wenn dem Arbeiter das Recht nicht vorenthalten wird, seine Arbeitskraft solchen Leuten nicht zu verkaufen, welche den Abschluß kollektiver Verträge ablehnen.\*)

Gompers besprach hierauf die Organisation in Canada und die Fortschritte in Porto Rico, wo im Herbst 1904 43 gewerkschaftliche Vereinigungen bestanden, und zwar 38 Lokalvereine, 4 Gewerkschaftskartelle und ein Gewerkschaftsverband für die ganze Insel. Die Bestrebungen der amerikanischen Arbeiter, ihren spanischen Genossen bessere Lebensbedingungen erringen zu helfen, werden auch in Zukunft andauern.

Es wurde ferner die Jurisdiktionsfrage erwähnt, die auch im letzten Jahr zu mancher Zwietracht Anlaß gab. Doch ist es gelungen, sowohl die Verbände der Maschinenbauer und Mechaniker als auch die Zimmererorganisationen zu einer endgültigen Einigung zu bewegen.

Erwähnenswert ist der Fortschritt, welcher mit der Anwendung der Gewerkschaftsmarken allenthalben erzielt wurde. Bis jetzt haben 50 Verbände derartige „Labels“ eingeführt, zehn andre (in der Regel in den Gewerben der persönlichen Dienstleistung) statten ihre Mitglieder mit entsprechenden Karten aus.

Weiter schilderte Gompers die Vorgänge bei dem Bergarbeiterausstand in Colorado und rechtfertigte das Verhalten der Leitung der Federation in dieser Sache. Endlich wurde betont, daß auf dem Gebiet der Gesetzgebung die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllt worden sind. Das besondere Augenmerk mußte darauf gerichtet werden, eine Reihe arbeiterfeindlicher Maßnahmen zu unterdrücken, namentlich die „National Arbitration Bill“ (Schiedsgesetzentwurf für Arbeitskonflikte), durch welche die Koalitionsfreiheit bedroht erschien.

Die Federation hat in den Kreisen der Gewerkschaften eine Agitation zugunsten der Einführung von Initiative und Referendum entfaltet, die in Zukunft noch energischer wird betrieben werden müsse. Es ist vorauszusehen, daß dann, wenn es gelingt, Initiative und Referendum in den Vereinigten Staaten allgemein zur Geltung zu bringen, die Gewerkschafter mehr Neigung zur Politik bekommen. „Es besteht kein Zweifel, daß von den Uebeln unseres öffentlichen Lebens keines den Interessen des Volkes nachteiliger ist, als das gegenwärtige politische Parteiystem...“

Zum Schluß kam der Präsident auf die Gelüste der Unternehmer zu sprechen, welche gern die Gewerkschaften als inkorporierte Gesellschaften erklärt haben wollen, wodurch ihre Verantwortlichkeit erhöht, aber kein weiterer Nutzen für sie entstehen würde; ferner auf die Ausstellung der Federation in St. Louis und die Entwicklung der Arbeiterpresse, die sich eines zunehmenden Gedeihens erfreut.

Dem Rechenschaftsbericht des Sekretärs Morrison ist zu entnehmen, daß der Massen-

\*) Amerikanische Gerichte haben entschieden, daß Verträge, welche das Prinzip des Union Shop enthalten, ungesetzlich sind.

auf Ausgaben der Centralkassen. In manchen Gewerkschaften werden jedoch von den Ortsgruppen bedeutende Beträge für Unterstützungszwecke aufgebracht.

Aufgelöst wurden 6 Gewerkschaftskartelle, eine Staatsfederation, 171 Lokalorganisationen. Ihre Tätigkeit suspendiert haben 68 Gewerkschaftskartelle und 636 Lokalvereine. 352 erhielten den Auftrag, sich Centralverbänden anzuschließen.

Der Bericht des Schatzmeisters, John W. Lennon, welchem bloß die Verwahrung des Vermögens der American Federation of Labor obliegt, war äußerst kurz gefaßt und enthält nichts bemerkenswertes.

Die ersten Sitzungstage verliefen mehr oder weniger einformig.

Am 15. November erstattete die Geschäftsordnungskommission ihren Bericht, der unverändert angenommen wurde. Hierauf gab Gompers bekannt, daß die Bergwerksbesitzer in einigen Distrikten von Colorado den Achtstundentag einführen.

Der Exekutivauschuß berichtete über seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahr; er hatte vornehmlich mit Streitigkeiten der einzelnen Gewerkschaften untereinander zu tun. Es wurde ferner die Boykottierung einer Zeitung durch ein Gewerkschaftskartell mitgeteilt und bemerkt, daß dies wegen der Haltung derselben geschehen sei, alle Arbeiten werden jedoch von Organisierten ausgeführt. Der Kongreß beschloß, daß der Boykott aufgehoben werden müsse. Die Gewerkschaften haben kein Interesse daran, der Preßfreiheit Abbruch zu tun.

Den dritten Sitzungstag nahm die Verhandlung der Mandatsprüfungskommission vollständig in Anspruch.

Am vierten Tag hielten die Vertreter des britischen Gewerkschaftskongresses, J. Wignall und W. Abraham, sowie der Delegierte aus Canada, John A. Flett, längere Reden, in welchen die Organisations- und Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Ländern erörtert wurden. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über einige weniger bedeutende Anträge beraten. Bemerkenswert ist nur, daß eine Resolution, betreffend die Erteilung des Wahlrechtes an Frauen angenommen wurde.

Am Morgen des fünften Tages beschloß die Versammlung, daß jede Organisation pro Mitglied und Woche einen Cent (4 Pf.) für die streikenden Textilarbeiter in Fall River (Mass.) zu zahlen habe und zwar durch mindestens drei Wochen, erforderlichenfalls auch länger. Einige Delegierte erklärten, daß ihre Organisationen die ganze Summe sofort zahlen werden, um so den Streikenden einen besseren Dienst zu erweisen. Der Rest des Tages verlief mit dem Einbringen und Verlesen von Anträgen.

Am folgenden Tag kamen Anträge betreffend den Erlaß von Gesetzen zugunsten der Seefahrer zur Verhandlung, welche angenommen wurden. Der Kongreß beschäftigte sich ferner mit den Organisationsverhältnissen in San Franzisko. Auf die Schlichtung der Streitigkeiten unter den dortigen Organisationen bezug habende Anträge werden gut geheßen.

Der siebente Verhandlungstag endlich brachte die Beratung der Anträge der Sozialisten, welche auf eine selbständige politische Betätigung der Arbeiterklasse abzielen. Obwohl dieselben sehr „gemäßigt“ gehalten waren, wurden sie dennoch wieder mit einer bedeutenden Majorität abgelehnt. Soviel Aufruhr, wie

im Vorjahr in Boston, gab es diesmal in dieser Angelegenheit nicht.

Delegierter Ludwig Kentelman aus San Franzisko legte hierauf eine Resolution vor, welche nach eingehender Begründung fordert, daß die Federation für den Erlaß eines Gesetzes eintrete, welches die Einwanderung von Japanern in derselben Weise verbietet, wie dies bezüglich der Chinesen der Fall ist. Die Immigration der Japaner hat in den Jahren 1902 und 1903, wie auch 1904, einen enormen Umfang erreicht; die europäischen Arbeiter an der Küste des Stillen Ozeans haben darunter schwer zu leiden, was besonders bei der kaum überwundenen Krise recht fühlbar gewesen ist. Die Resolution gelangte zur Annahme.

In dieser Sitzung beschäftigten sich die Delegierten mit den Zuständen in Colorado, wobei es zu erregten Debatten kam. Allerdings läßt sich an dem Geschehenen jetzt nichts mehr ändern und die flau Resolution, welcher der Kongreß zustimmte, wird gewiß gar nichts dazu beitragen, daß in Zukunft nicht abermals in diesem Staat eine Situation geschaffen wird, die für ein demokratisches Land eine Schande ist.

Lange Debatten verursachten am achten Tage Vorschläge des Delegierten Berger, dahin gehend, daß es den Gewerkschaftern verboten sein solle, in die Miliz einzutreten, und daß die Arbeiterschaft die Schaffung von Arbeiterversicherungs-gesetzen (insbesondere Alters- und Invalidenversicherung) erstreben solle. Ueber den ersten der beiden Anträge ließ Präsident Gompers eine Abstimmung nicht zu, weil sie zu einem Vorgehen auffordere, welches die Grundgesetze der Vereinigten Staaten verbieten. Der zweite Vorschlag wurde abgelehnt.

Die Erledigung eines Konfliktes zwischen den Malern und Anstreichern einerseits und den Holzarbeitern andererseits nahm mehrere Stunden in Anspruch, worauf die letztgenannte Organisation aufgefordert wurde, gewisse Arbeiterkategorien nicht mehr aufzunehmen und jene Angehörigen dieser Branchen, die nun ihre Mitglieder sind, den Malern zu überweisen. In dieser Sitzung wurden noch einige andre ähnliche Konflikte geschlichtet.

D. C. Copley, ein Ausschußmitglied des Verbandes der Bergarbeiter der Weststaaten hielt eine Ansprache, in der er die Hoffnung aussprach, daß es demnächst zum Anschluß seiner Organisation an die American Federation of Labor kommen werde.

Die Vormittagsitzung des neunten Tages wurde wieder vollständig mit einem „Grenzstreit“ ausgefüllt, und zwar zwischen den Fuhrleuten und Maschinisten auf der einen und den Brauereiarbeitern auf der andern Seite. Dieser Streit beschäftigte nun schon eine Reihe von Jahresversammlungen. Die Brauer nehmen alle in Brauereien beschäftigten Arbeiter auf, was sich die übrigen Fachorganisationen nicht gefallen lassen wollen. Den bereits im Brauerverband befindlichen Kutshern und Maschinisten ist es nun freigestellt worden, welcher Organisation sie angehören wollen, doch dürfen in Zukunft die Brauer diese Arbeiterkategorien nicht mehr aufnehmen.

Den Gewerkschaftskartellen und Staatsverbänden wurde zur Pflicht gemacht, im Fall von Beitragseinhebungen zu speziellen Zwecken vorher eine Urabstimmung der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen über den fraglichen Gegenstand zu veranlassen.

Delegierter Santiago Iglesias schilderte die Verhältnisse in Porto Rico.

Zu einer abermaligen „Sozialistendebatte“ führte ein Antrag, welcher die Unzufriedenheit mit den ständigen Comité der Federation, dem die Vertreibung von Arbeiterschutzgesetz obliegt, zum Ausdruck brachte. Die Sozialisten erklärten sich energisch gegen die „Lobbying“-Politik.

Gompers nahm das genannte Comité gegen die Vorwürfe in Schutz, besprach den Nutzen, welcher den Arbeitern dadurch erwachsen sei, daß die Federation dahin strebt, die Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften genau zu überwachen und gegebenenfalls die nötigen Agitationen zu entfalten. Die Arbeiterschutzgesetze in den Südstaaten, die Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen und der staatlichen Arbeiter, die Gesetze zum Schutze der Seeleute, wie jene betreffend die Ausschließung der Chinesen, seien alle nur der Einflußnahme der American Federation of Labor zu verdanken. Wie nicht anders zu erwarten stand, wurde der gegen das „Legislative Committee“ gerichtete Antrag abgelehnt.

Am zehnten Verhandlungstage kamen morgens noch die rechtlichen Jurisdiktionsstreitigkeiten zur Debatte, auf die wir hier nicht weiter eingehen brauchen, es genügen die angeführten Beispiele. Den Rest des Tages nahm die *Newahlder Funktionäre* in Anspruch. Gompers und die früheren Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses wurden ausnahmslos wiedergewählt. \*) Als Delegierte zum britischen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1905 wurden J. A. Moffit von den Hutmachern und J. Wood von den Cigarrenarbeitern bestimmt. Die nächste Jahresversammlung wird im Herbst 1905 in der Stadt Pittsburg, Pennsylvania, abgehalten. S. F.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Streiks und Aussperrungen in Deutschland.

Die Situation des Kampfes in der Berliner Holzindustrie, die vor und nach dem Weihnachtsfeste bereits der Beilegung des Konfliktes nahe war, ist infolge der neuerlichen Haltung der Holzindustriellen wieder verschoben worden. Dieselben beschlossen nämlich in ihrer Versammlung, sich ablehnend gegen die Forderungen der Arbeiter, daß auch in den unorganisierten Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden und diese Angelegenheit der in Aussicht genommenen Schlichtungskommission überwiesen werden müsse, zu verhalten, weil derartige neue Forderungen keine Gewähr für einen längeren Zeit andauernden Frieden böten; sie beauftragten ihren Vorstand, auf der Ablehnung dieser Forderungen zu beharren, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das Ende des Kampfes verzögert werde. — Die Holzindustriellen scheinen jeden Maßstab zu nüchternen Beurteilung der Lage verloren zu haben, sonst würden sie sich nicht einer Forderung widersetzen, die ebenso das Interesse der tariftreuen Arbeitgeber, als das der Arbeiter wahren will, indem sie der Unterbietung der vereinbarten Arbeitsbedingungen durch unorganisierte Arbeitgeber verhindern und den tariftreuen Unternehmern den Kampf gegen eine skrupellose Schleuderkonkurrenz erleichtern will. Das starre Festhalten an der Ablehnung einer so selbstverständlichen Bedingung des Friedensschlusses legt fast den Gedanken nahe, als sympathisierten die Holzindustriellen

insgeheim mit solchen Tarifbrechern und wollten ihnen sogar ein sicheres Privileg sichern, um dann die Undurchführbarkeit der Vereinbarungen behaupten und sich bei günstiger Gelegenheit auch den Außenstehern anschließen zu können. Die Herren müssen den Arbeitern schon gestatten, daß diese die Bedingungen des Friedensschlusses etwas enger nehmen, eben um des dauernden Friedens willen.

Der Kampf in der Selbstmetallindustrie in Berlin ist mit Beginn des neuen Jahres in die 16. Woche seiner Dauer eingetreten. Die Stimmung unter den Streikenden und Aussperrten ist eine durchweg gute. In der ganzen Zeit ist von den 5000 Beteiligten kaum ein Duzend abtrünnig geworden. Eine Versammlung am 2. Januar beschloß die Weiterführung des Kampfes, bis eine Verständigung auf annehmbarer Grundlage erfolge.

Im Ruhrkohlenbergbau hat die Gärung zugenommen, nachdem sich herausstellte, daß die von der Zeche „Bruchstraße“ angeordnete Seilfahrtsordnung lediglich dem Bestreben einer allgemeinen Schichtenverlängerung dient. Die Zechenverwaltung verweigert die Zurückziehung der Maßregel mit der Motivierung, daß die gleiche Einrichtung auch auf den benachbarten großen Zechen bestehe. Solche Schichtenverlängerungen sind auf manchen Schächten den Arbeitern in ungünstiger Zeit aufgezwungen worden. Ihrer Verallgemeinerung widersetzen sich die Bergleute aber mit der größten Energie. Auch andere Mißstände, wie rigoroses Wagennullen, Lohnabzüge und das Zechenlegen sowie die Wurmkrankheit haben die Gärung vorbereitet. Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ glaubt die Halsstarrigkeit der Grubenverwaltung dadurch rechtfertigen zu können, daß sie emphatisch versichert: So lange die jetzigen Führer an der Spitze der Arbeiter stehen, gäbe es keinen Streik! Es ist wertvoll, das Zugeständnis des Unternehmerorgans, daß die Arbeiterführer bestrebt waren, Streiks zu verhindern, für spätere Zeiten festzuhalten. Einen Mißbrauch dieser Friedensgarantien und ein frivoles Spielen mit dem Pulverfaß bedeutet es aber, unter Berufung auf diese Bemühungen die Arbeiter aufs äußerste zu reizen und den Streik gewaltsam heraufzubeschwören. Kommt es zum Kampfe, dessen Dimensionen unübersehbar sein können, dann wird und muß die öffentliche Meinung konstatieren: Nicht die Arbeiterführer haben diesen Kampf gewollt und verschuldet, sondern einzig und allein die Grubenverwaltungen und ihre Schildhalter.

### Die wirtschaftlichen Klassenkämpfe in der Schweiz im Jahre 1904.

Das verfloßene Jahr hatte unter teilweise ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen begonnen. Die Uhrenindustrie, Stickerindustrie, Seidenindustrie, Baumwollindustrie, zum Teil auch die Maschinenindustrie litten unter mehr oder weniger empfindlichem Mangel an Aufträgen, so daß Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen, teilweise und völlige Arbeitslosigkeit und zahlreiche Lohnreduktionen stattfanden. In Zürich, St. Gallen, Winterthur, Basel, Genf, Lausanne, Bern, Biel gab es ziemlich viel Arbeitslose, die zum Teil mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt, zum Teil aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurden. Diese wirtschaftliche Depression, die gegenüber der im Jahre 1903 eingetretenen Besserung einen neuen Rückschlag bedeutete, war zum Teil eine Folge des russisch-japanischen Krieges, der so dem einfachsten Arbeiter die internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge sehr deutlich veranschaulichte und fühlbar machte. Im

\*) Eine gegenseitige Mitteilung des „Mine Workers Journal“, die in das „Correspondenzblatt“ übernommen wurde, erweist sich als irrig.

Laufe des Berichtsjahres ist dann aber doch wieder eine Erholung eingetreten und beim Jahreswechsel darf die allgemeine Wirtschaftslage als erheblich besser bezeichnet werden, nachdem auch die arg und lange daniedergelegene Stickereiindustrie wieder gut beschäftigt ist.

Einen neuen Aufschwung hatte an verschiedenen Orten die Bautätigkeit zu verzeichnen, so in Bern, Zürich, St. Gallen, Winterthur, Freiburg usw., wobei es sich um öffentliche, gewerbliche und Wohnbauten handelte.

Außerordentlich zahlreich waren im Jahre 1904 die wirtschaftlichen Kämpfe. Nach einer Zusammenstellung, die ich machte, kamen insgesamt 124 Konflikte vor gegen 79 im Jahre 1903, im verfloßener Jahre also um 45 mehr. Davon waren 53 (1903 35) Streiks, 48 (41) Lohnbewegungen, 5 (3) Aussperrungen und 18 Differenzen. Daran beteiligt waren die Arbeiter zahlreicher Gewerbe und Industrien, wie Uhrenarbeiter, Textilarbeiter inklusive Sticker, Metallarbeiter, Feilenhauer, Spengler, Schlosser, Schmiede und Wagner, Elektriker, Schreiner, Zimmerer, Dachdecker, Maurer, Handlanger, Erdarbeiter, Hafner, Maler und Gipser, Tapezierer, Sattler, Steinarbeiter, Friseur, Kellner, Bäcker, Cigarrenarbeiter, Brauer, Schneider, Schuhmacher, Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen, Müller, Färber, Eisenbahner, Dampfschiffahrtsangestellte, Lagerhausarbeiter, Graveure, Bijouteriearbeiter usw.; alle Teile des Landes hatten ihre Kämpfe. Dabei handelte es sich zum Teil um Abwehr-, zum anderen Teil um Angriffsfälle. Die Abwehrkämpfe waren veranlaßt durch Lohnreduktionen, Maßregelungen, Mißachtung und Verletzung von Tarifverträgen; durch die Angriffskämpfe wurden Lohnhöhung, Arbeitszeitverkürzung, der Abschluß von Tarifverträgen, anständige Behandlung, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Unternehmer, Abschaffung des Trinkzwanges in Brauereien, Entlassung gewalttätiger Meister und Werkführer usw. angestrebt. Leider verlief mancher Kampf für die Arbeiter resultatlos; es wurden aber auch viele Erfolge erzielt. Durch die Zurückweisung von Lohnreduktionen sind erhebliche Summen den Arbeitern gerettet und gesichert worden, durch die Erringung von Lohnhöhungen wurden weitere erhebliche Summen für die Arbeiter gewonnen und so neuerdings bewiesen, daß die beste Spartasse für die Arbeiter die Gewerkschaft ist, die die Beiträge reichlich verzinst, reichlicher als alle Spartassen der Welt.

In einer ganzen Reihe von Fällen wurden Arbeitszeitverkürzungen erkämpft, von 11 auf 10, von 10 auf 9 Stunden. Bemerkenswert ist von diesen Erfolgen besonders derjenige der Graveure der Uhrenindustrie, die durch einen 17tägigen Generalstreik an einem halben Duzend Orten den Neunstundentag errangen, der etwa 900 Arbeitern zugute kommt. Können Lohnhöhungen usw. zahlenmäßig in Münzsorten berechnet werden, so bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit den Gewinn von idealen Gütern in Form der Verminderung der Zeit des Frohdienstes. Der Vermehrung der freien Zeit, der Erhaltung der Gesundheit, der Verminderung von Krankheiten, der Hebung und Pflege des Familienlebens, der geistigen Fortbildung.

Und durch die Erringung von Tarifverträgen wird der Arbeitsvertrag für den Arbeiter erst zur Wahrheit, der anderenfalls nichts anderes als eine leere Phrase, eine juristisch-nationalökonomische Fiktion ist.

Eine der ideal schönsten Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung wird immer die Tatsache

bleiben, daß sie die Brauereiarbeiter, die ehemals ihr ganzes Leben in einem einzigen Bier- taumel verbrachten, zu der innersten Ueberzeugung von der Schädlichkeit des starken Biergenusses und zur Betätigung von Mäßigkeit führten. Darum mußten sie mit den Brauereibesitzern kämpfen, und auch im verfloßenen Jahre ist in der Schweiz, so in Genf, der Kampf um die Abschaffung des Trinkzwanges geführt und auch Erfolg errungen worden. Durch die Abschaffung des ungeheuerlichen Trinkzwanges sind die Brauer gesundheitlich und moralisch, sozial und wirtschaftlich gehoben und zu tüchtigen Mitkämpfern in der Arbeiterbewegung gemacht worden.

Zwei bedeutende Episoden in den wirtschaftlichen Kämpfen des verfloßenen Jahres waren die Militäraufgebote gegen die streikenden Arbeiter am Rickenunnel und gegen die Bauarbeiter in Chaux-de-fonds. Den elenden Handlangerdiensten die St. Galler Behörden den ausbeutungswütigen Tunnelunternehmern durch das Militäraufgebot gegen die streikenden Arbeiter leisteten, haben wir in diesem Blatte bereits kritisch gewürdigt. Der ebenso elende Handlangerdienst der Neuenburger Regierung für die Bauunternehmer in Chaux-de-fonds ist in der jüngsten Dezembersession der Bundesversammlung in Bern näher beleuchtet worden. Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates ließ durch ihr Mitglied Dr. Brüstlein den Bundesrat wegen der Ausweisung von 5 streikenden Italienern interpellieren. In seiner längeren Rede legte Dr. Brüstlein an der Hand von Tatsachen dar, daß die Bauunternehmer in Chaux-de-fonds den Arbeitern auf ihre Forderungen nach Lohnhöhung und Abschaffung des Kost- und Logiszwanges bei ihnen, den Ausbeutern, gar keine Antwort gaben, und ebenso die Gemeindebehörden das Gesuch der Arbeiter um Vermittelung ablehnten. Als es dann zum Streit kam, fertigten die Bauunternehmer eine Liste von 330 angeblich arbeitslustigen Streikbrechern an, die aber eine unverächtliche Schwindelliste war, reichten sie der Regierung in Neuenburg ein und verlangten „Schutz der Arbeitsfreiheit“, die kein Mensch bedroht hatte, und für Streikbrecher, die gar nicht existierten. 311 Kaufleute, Wirte usw., also Mittelstandsleute und Spießbürger, die in der Hauptsache von der Ausbeutung der Arbeiter als Konsumenten leben, wandten sich ebenfalls an die Regierung, weil sie durch den Streik in ihrem Verdienste geschmälert wurden! Diese Eingaben genügten der Regierung zum Militäraufgebot, zu Massenverhaftungen und Ausweisungen, zu den schändlichsten Maßnahmen gegen die Streikenden, so daß das Ziel, die Niederschlagung des Streiks, programmgemäß erreicht wurde. Dabei konstatierte die bürgerliche Presse in Chaux-de-fonds immer wieder, daß nicht die mindeste Ruhestörung vorgekommen und alle die ergriffenen Maßnahmen ungerechtfertigt seien. Die fünf Italiener hatte der Bundesrat auf Verlangen der Neuenburger Regierungshandlanger ausgewiesen ohne irgend welche ausreichende Begründung. Sie wurden sehr einfach als Anarchisten bezeichnet und das genügt heute in der Schweiz zu Ausweisungen. Der Bundesrat Brenner, der die Interpellation beantwortete, spielte eine unfähig klägliche Rolle, aber für dieses Parlament genügt der Mann und genügte seine Antwort, denn er hatte in Wahrnehmung der Ausbeuterinteressen gehandelt und mehr verlangt diese unter dem Namen „Nationalrat“ tagende Generalversammlung von Aktionären und Ausbeutern nicht. Auf Antrag des Scharfmachers Oberst Vigier von Solothurn dankte schließlich die ganze Gesellschaft

durch begeistertes Bravoschreien den behördlichen Lakaien für die „saubere Arbeit“ — wörtlich! —, die sie für die Ausbeuter und gegen die Ausgebeuteten geleistet haben. Nun, die schweizerische Arbeiter-schaft, deren große Mehrheit noch sozial rückständig ist, hat die Regierung und die parlamentarische Ver-tretung, aber auch die Behandlung, die sie verdient.

Ueber die Weiterentwicklung der schweizerischen Gewerkschafts-Bewegung im Jahre 1904 können augenblicklich noch keine statistischen Angaben gemacht werden, aber allem Anschein nach haben die Gewerkschaften weitere Aus-breitung und Stärkung ihrer Mitglieder erfahren. Der Gewerkschaftskongress und die zahlreichen Dele-giertenversammlungen, die im Frühjahr stattfanden, haben der Bewegung neue Belebung und manchen Fortschritt gebracht. Erfreulich war die Ablehnung der Bestechungssumme von 1500 Fr., durch die der Gewerkschaftsbund ein korruptes Bündnis mit dem sogenannten „christlichen Gewerkschaftskartell“ ein-gehen sollte, durch den Kongress. Neu ins Leben traten der Lebens- und Genussmittelarbeiter-Verband mit einem ständigen Sekretariat, ständige Sekretariate der Schneider und Holzarbeiter, die Organe der Holzarbeiter und Schuhmacher, ferner der Schieds-gerichtsbund im Buchdruckergerber. Mit dem 1. Januar 1905 nimmt die neue Sekretärin des Ge-werkschaftsbundes, Genossin Frau Dr. Jaas, ihre Tätigkeit auf, von der man sich besonders eine Förde-rung der Arbeiterinnenbewegung verspricht.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung ist im Jahre 1904 um ein hübsches Stück vorwärts marschiert — möge das Jahr 1905 weitere Fort-schritte bringen!

Winterthur, Ende Dezember 1904.

D. Zinner.

**Belgien.** Die Arbeiter der Bell Telephone Co. in Antwerpen befinden sich wegen niedriger Löhne, schlechter Arbeitseinteilung und Maßregelung von Kollegen im Streik. Die Zahl der Streikenden beträgt 1000.

### Gewerbegerichtliches.

**Wahlen.** Am 31. Dezember 1904 fanden die Wahlen zum Gewerbegericht für den Landkreis Mattowik statt. Die Liste des Gewerkschaftskartells siegte in der ersten Kammer mit 22 gegen 16 Stimmen, in der zweiten Kammer mit 36 gegen 22 Stimmen und in der dritten Kammer mit 26 Stimmen.

In Stendal siegten am 22. Dezember die Ge-werkschaftskandidaten ohne Gegenliste.

**Wahlen zu Kaufmannsgerichten.** In Elberfeld wurden 840 Stimmen abgegeben. Von 20 zu wählenden Beisitzern entfielen je 9 auf das Kartell der kaufmännischen Vereine und auf den deutsch-nationalen Verband, sowie 2 auf den Central-Verband und Lagerhalterverband. In Dessau wählten 267 von 370 Gehülften, in Karlsruhe 125 von 375 Gehülften. Von beiden Orten steht ein näheres Wahlergebnis noch aus. In Mannheim haben die Deutschnationalen 9, und ein kaufmännisches Kartell 14 Beisitzer erhalten. Obwohl am letzteren auch der Centralverband teilnahm, wurden doch keine sämtlichen Kandidaten ge-trichen. Eine ernste Lehre gegen jeden Kompromiß! — In Kiel wurden 10 Vertreter des 1858er Kommis-sionsvereins und des Leipziger Verbandes, 4 des deutsch-nationalen Verbandes und 2 des Centralver-bandes gewählt. — In Barmen wählten 658

Gehülften (50 Proz.). Von 18 Beisitzern entfielen 17 auf das Kartell der kaufmännischen Vereine und 1 auf den Centralverband. — In Gotha wurden 3 Vertreter des Leipziger Verbandes, 2 des Kommissionsvereins von 1858 und 1 Vertreter des deutsch-nationalen Verbandes unter geringer Wahlbeteiligung gewählt. — In Halberstadt erhielten die kauf-männischen Vereine von Hamburg (1858) und Leip-zig 6, der deutschnationaler Verband 2 und eine we-sondere antisemitische Gruppe 2 Sitze. — In Glaucha verteilt sich die 6 Sitze zu 5 auf den Leipziger und 1 auf den deutschnationalen Verband. — In Plauen erhielt der deutschnationaler Ver-band 11, ein kaufmännischer Verein 4, ein Verein reisender Kaufleute 2 und der Leipziger Verband 1 Beisitzer. — In Bauen wurden 4 Vertreter des deutschnationalen und 2 des Leipziger Verbandes sowie 3 eines kaufmännischen Vereins gewählt. In Zwickau gingen die Listen der deutschnationalen und der reisenden Kaufleute ohne Segner durch.

### Polizei und Justiz.

**Eine neue Schadensersatzklage.** Eine Klage um 50 000 Mk. Schadensersatz hat die Direktion der Hamelner Wefermühlen A.-G. gegen die Sekretäre des Mühlenarbeiterverbandes, die Genossen Käppler und Bartels, sowie gegen den Drucker der „Müller-Zeitung“ und gegen die Redakteure des „Vorwärts“, der „Volksstimme“ (Hannover) und „Volkswacht“ (Bielefeld), insgesamt gegen 9 Personen eingereicht. Einen ziffermäßigen Schadensnachweis vermag die Klageschrift nicht anzugeben. Die Firma wird nach den letzten Entscheidungen auf diesem Gebiete mit ihrer Klage wenig Glück haben.

### Kartelle und Sekretariate.

#### Arbeitersekretär für Essen gesucht!

Für das Arbeitersekretariat Essen wird zum 1. Februar 1905 ein zweiter Sekretär gesucht. Dem-selben sollen gleichzeitig die Geschäfte eines Gewerk-schaftskartell-Beamten übertragen werden. Be-dingungen: Sozialpolitische und gewerkschaftliche Er-fahrung, sowie rednerische Befähigung. Bevorzugt flotter Stenograph. Anfangsgehalt 1800 Mk. Be-werbungen sind bis zum 15. Januar 1905 mit An-gabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie einer Probearbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs an W i l h. W o h l s e i n, Essen W., Oberdorfstr. 155, einzureichen.

#### Arbeitersekretär für Fürth gesucht!

Die Fürther Gewerkschaften beabsichtigen, am 1. April 1905 ein Arbeitersekretariat zu eröffnen. Bewerbungen um diesen Posten wollen bis 20. Ja-nuar eingereicht werden. Den Bewerbungsschreiben möge eine selbstgeschriebene Abhandlung über die Aufgaben eines Arbeitersekretariats beigelegt werden, welche durch ein Stichwort kenntlich ist. Als Gehalt sind vorläufig 2000 Mk. angesetzt worden. Be-werbungen sind einzureichen unter Offerte Ar-beitersekretariat bei der „Fürther Bürgerzeitung“, Roßstr. 7.

**Neue Arbeitersekretariate.** In den westlichen Bergarbeiterbezirken werden zwei neue Arbeiter-sekretariate eröffnet werden und zwar ein solches am 1. Januar in Recklinghausen und ein solches